

— Dreizehnter Jahrgang. —

Nr. 13/14.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

13./14. Woche für die Zeit vom 25. März bis 7. April 1904.

Posen, den 12. April 1904.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 14 der Praca (Posen)

vom 3. April 1904:

Fröhliche Ostern!

Nach einem kurzen Hinweis auf den Tod Christi am Kreuze fährt das Blatt fort:

Es gibt wohl auf Erden kein Volk, welches die Bosheit und Verkehrtheit der modernen Heiden, der modernen Kreuzritter und Pharisäer so schmerzlich empfinden müßte, wie unser Volk. Es gibt kein Volk, welches von der Macht der Feinde des göttlichen Gesetzes so grausam gemißhandelt würde, als wir mißhandelt werden. Warum? Etwa darum, daß wir Gott aufrichtiger und tiefer lieben als andere? Oder etwa darum, daß auch Er uns mehr liebt als andere und vielleicht noch für besondere Zwecke bestimmt hat? Forschen wir dem nicht nach, denn wir vermögen es nicht zu erforschen. Aber verschließen wir auch nicht in unserem tiefen Elend das Auge vor Seinen ungewöhnlichen Kundgebungen der Fürsorge für uns und vor Seiner väterlichen Obhut . . .

Unser Vaterland wurde zerrissen, gekreuzigt und ins Grab hinabgestoßen. Und unsere Schinder und Feinde freuten sich schon, daß sie zugleich mit unserem Vaterlande auch unser Volk für immer in diesem Grabe einschließen werden. Indes erfahren sie die gleiche Enttäuschung, wie einst die Henker des Erlösers. Raum hatten sie sich eines scheinbaren leichten Sieges erfreut, als der Geist unseres Volkes auferstand, wieder auflebte, sich erneuerte und mächtig wurde, und, sich von den früheren Sünden befreiend, mit der Macht seiner Lebenskraft den modernen Pharisäern Schrecken einflößt.

Wir dürfen zwar nicht vergessen, daß wir die Pein, die wir erdulden müssen, zum großen Teil unserer Sünden wegen leiden. Wenn wir aber auf Christi Kreuz blicken, können wir aus Seinem Kreuzwege und aus der Geschichte Seines Gesetzes Fingerzeige für unsern eigenen Kreuzweg entnehmen. Wie einst seine Befenner, so kämpfen auch wir heut für Gottes Sache und Recht. Wir kämpfen für die Erde, die wir durch seine Gnade erhalten, wir kämpfen für unsere Sprache, die sein Gebilde ist, wir kämpfen für unser Daseinsrecht, das uns sein Wille gegeben. Wir wollen niemandes Unrecht, sondern nur die Rückgabe unseres heiligen Besitzes, wir lechzen nur nach christlicher Freiheit und Liebe. Wenn wir einen solchen Weg gehen, haben wir da nicht das Recht, ebenfalls eine vollständige Auferstehung zu erhoffen, alles wiederzugewinnen, was Er uns geschenkt und übertragen?

Wenn daher morgen die Glocken unserer Gotteshäuser wiederum der Welt den Jahrestag vom Siege des Lebens über den Tod, Gottes über den Satan, der Wahrheit über die Macht des Irrtums, der Liebe über die Bosheit verkünden, dann möge auch in uns der neue Glaube an eine bessere, glücklichere Zukunft der Nation erwachen. Wenn wir treu seine Gebote befolgen, wenn wir dankbar für die erfahrenen Gnaden weiter seinen Weg schreiten werden, dann werden uns die immer prächtiger und schöner aufblühende christliche Kultur und Zivilisation das zurückgeben, was wir verloren, wir werden die Bosheit unserer Feinde und Pharisäer in den Staub treten und das große, erhabene, wahrhaft christliche Polen wird von den Toten auferstehen.

In diesem Glauben und in dieser Zuversicht rufen wir unseren Lesern von neuem sursum corda zu! — und wir wünschen ihnen gleichzeitig aus ganzem Herzen das fröhlichste „Alleluja“.

Die Redaktion.

Aus Nr. 4 des Sokół (Posen)

vom April 1904:

B e r i c h t

über die am 24. März zu Posen abgehaltene Sitzung der Kommission des Sokół-Turnertages.

Anwesend waren anfangs 16, später 20 Mitglieder. Unter Leitung des Vorsitzenden des Posener Sokółvereins Dr. Karas wurde zunächst die „Hauptkommission“ in 5 Sektionen eingeteilt:

So gehören zur:

1. Redaktions-Sektion: die Kameraden **R. von Rzepecki**, Grunowski.
2. Rassen- und Vergnügungs-Sektion: die Kameraden **Siewicz**, Mikolajczak, Zurawski, Pelczynski, Tomaszewski, **Wrzesinski**.
3. Einquartierungs-Sektion: die Kameraden **Preis**, Grajkowski, Walkiewicz, Pawinski, Nowak, Rydlewski und **Wrzesinski**.
4. Ordnungs-Sektion: die Kameraden **Borucki**, Wlodarczak und **Wiernacki**.
5. Bau-Sektion: die Kameraden **W. Gladysz**, Drezda, Jasicki und Dr. Karas.

Nach einer allgemeinen Diskussion, während der die Vorsitzenden der einzelnen Sektionen ihre Pläne und Vorschläge auseinandersetzen, und sich gleichzeitig verschiedene Informationen aufzeichneten, wurde an die Debatte behufs des Termins und Ortes des zukünftigen Sokółtages herangetreten.

Es entspann sich ein heftiger Kampf darum, ob der Sokoltag eintägig und am 3. Juli, oder ob er zweitägig sein und am 14. und 15. August stattfinden soll.

Es muß bemerkt werden, daß der Delegiertentag vom 7. Februar d. J. bereits den Beschluß des Verbandsvorstandes bestätigt hatte, daß nämlich der allgemeine Sokoltag eintägig (mit einer gewöhnlichen Vorfeier am Sonnabend) sein und in Posen stattfinden soll.

Trotzdem hätte die Opposition die Beschlüsse des Delegiertentages beinahe umgestoßen, und nur mit großer Mühe der Anhänger kam der Beschluß mit 8 gegen 8 Stimmen zu stande, wobei die Stimme des Vorsitzenden zu Gunsten dessen entschied, daß der Sokoltag eintägig sein und am 3. Juli abgehalten werden soll.

Dagegen kam fast glatt der Beschluß zu stande, daß der Sokoltag im Garten „San Domingo“ hinter dem Eichwaldtor (Inhaber Kamerad Przybylski) tagen wird, wo der Raumumfang und der passende Turnplatz die Schwierigkeiten vermindern, welche die Bau-Sektion zu überwinden haben wird.

Im Namen dieser berichteten die Kameraden Gladysz und Dreyza über ihre bisherige Tätigkeit. Der erstere unterbreitete einen Entwurf, in welchem er die Kosten des Turnplatzes auf 1500 Mk., die voraussichtlichen Kassen-Einnahmen auf 2300 Mk. veranschlagte; der zweite Berichterstatter berechnete die Kosten auf 2400 Mk., die Kassen-Einnahmen auf 4400 Mk. Der endgültige Beschluß wurde vertagt.

Man berechnete, daß Gau I. 80, II. 180, III. 100, IV. 30, V. 120, VI. 50, VIII. 100 Turner stellen werden. Die Gesamtzahl würde 660 betragen; mit Berücksichtigung dessen soll der Turnplatz für mehr als 700 Turner eingerichtet werden.

Der VII. und IX. Gau werden etwa 300 Turner besonders stellen.

Die nächste Versammlung der „Haupt-Kommission“ wurde auf Dienstag, den 12. April festgesetzt, bis zu welchem Tage die einzelnen Sektionen ihre Vorbereitungsarbeiten vollenden und die fertigen Entwürfe, Vorschläge und Kostenanschläge vorlegen sollen.

Nach fast dreistündigen Verhandlungen schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Gut Heil!

Karl von Rzepecki.

* * *

Infolge des im Laufe dieses Jahres zu Posen stattfindenden

allgemeinen Turntages der Sokol-Turnvereine erfuchen wir hiermit im Auftrage des „Verbandes polnischer Sokolvereine“ alle bestehenden „Sokol-Radsfahr-Abteilungen“ um unverzügliche Angabe der Adressen ihres Vorsitzenden oder Führers, damit wir den Abteilungen beizeiten die Muster zu den betreffenden Reigenübungen übersenden können.

All Heil!

Die Radsfahr-Abteilung des Posener „Sokolvereins“.

Vinz. Fronckowiak,
Vorsitzender,
Wilhelmsplatz 18
(Gewerbehäus)

Boleslaus Karge,
Schriftführer,
Neustraße 7/8
(Bazar).

Aus Nr. 4 des Sokol (Posen)

vom April 1904:

Ein wichtiges Urteil.

Am 19. März d. J. ist vor dem Schöffengericht in Hannover in Sachen Dr. D. Hahn und 15 Genossen ein sehr bezeichnendes Urteil ergangen, welches für alle Gauen des polnischen Sokolstums im deutschen Reiche von Interesse ist.

Die Herren Hahn und Genossen waren nämlich wegen Übertretung von Paragraphen des Vereins- und Versammlungsgesetzes vom 11. März 1850 angeklagt, und zwar deswegen, weil sie die im September 1903 abgehaltene Delegiertenversammlung (Bund der Landwirte) bei der Polizeibehörde nicht angemeldet hatten.

Es erging ein freisprechendes Urteil, weil diese Versammlung als Sitzung einer Verbandsgesellschaft (nicht eines Vereins!) anzusehen wäre, eine solche Sitzung aber bedürfe nicht der vorherigen polizeilichen Anmeldung.

In Anbetracht dessen brauchen weder unsere „Delegierten-Zusammenkünfte“, noch die „Gauversammlungen“ vorher bei der Polizei angemeldet zu werden. Dies müssen wir im Gedächtnis behalten und in Zukunft dementsprechend handeln.

Aus Nr. 70 des Wielkopolanin (Posen)

vom 25. März 1904:

Das neue Ansiedelungs-Gesetz.

An den Kommissionsbeschluß betreffend das Parzellierungs-gesetz knüpft der Wielkopolanin folgende Erwägungen:

Wenn das Gesetz Rechtskraft erlangen sollte, wird der polnische Bauer fast gänzlich vom Landerwerb bei Parzellierungen ausgeschlossen sein. Die Sachlage ist in dieser Beziehung klar: Die Ansiedelungskommission, wie die deutschen Landbanken werden dem polnischen Bauer Land nicht verkaufen, während jüdische Parzellierungs-Spekulanten den polnischen Bauer nur selten zum Ankauf von Parzellen zulassen dürften.

Was soll man in Anbetracht dessen tun? Diese Frage muß man sich vorlegen. — Wir antworten darauf mit wenigen Worten:

Zunächst müssen wir mit allen Kräften die Erde, die wir noch besitzen, in unseren Händen behalten, denn wer sie einmal deutschen Händen überläßt, der ist von ihr sozusagen schon ausgeschlossen.

Ferner müssen wir uns jetzt und in der Zukunft Mühe geben, Wirtschaften von deutschen Bauern zu kaufen. Laßt uns ihnen einen guten Preis zahlen, — der Deutsche wird verkaufen und im „Waterland“ das Weite suchen. Wir können ihnen einen besseren Preis zahlen, weil wir aus unserem Acker mehr herauswirtschaften werden, als der deutsche Bauer, und überdies verstehen wir es, uns in schweren Zeiten einzuschränken.

Mögen unsere Wirte, welche in der Sparbüchse Geld haben, in deutschen Dörfern Umschau halten, — und sie werden ohne Zweifel für sich geeignete Wirtschaften finden.

Ebenso sollten unsere sich — im Westen Deutschlands befindlichen (Red. d. Ges. Überbl.) — Auswanderer handeln, die sich schon Geld zum Landerwerb erspart haben.

Das können wir als Einzelindividuen tun. Eine allein stehende Person aber ist immer schwach; mit größerem Erfolg werden wir arbeiten, wenn sich mehrere zusammentun, ihr Geld zusammenlegen und deutsche Wirtschaften erwerben werden.

Nachdem eine Wirtschaft mittelst gemeinsamen Geldes angekauft werden würde, müßte auf derselben derjenige angesiedelt werden, der Land noch nicht besitzt, mithin z. B. der jüngste Sohn oder Bruder. Das Kapital dagegen würde mit für alle Teilhaber gleichem Recht hypothekarisch sichergestellt werden.

Wie unsere Banken und Genossenschaften, die sich mit Landerwerb befassen, vorgehen werden, — wissen wir nicht.

Sicherlich aber werden auch sie die veränderte Lage in Erwägung ziehen.

Wir aber, als gute Söhne unseres Vaterlandes, die der Mutter Erde aufrichtig zugetan sind, müssen uns unablässig vor Augen halten, wie wir den durch den neuen Gesetzentwurf gegen uns gerichteten Schlag abschwächen, wie wir ihn am besten zurückweisen werden.

Polnisches Volk! Gedenke, daß dir diese Erde Wiege war, daß sie dich erzogen und ernährt hat, daß sie dir Mutter und ein unbezahlbarer Schatz ist, denke also daran, nicht nur wie du dir sie bewahren, sondern auch, wie du diese deine Mutter vor der habgierigen deutschen Hand schützen wirst!

Aus Nr. 57 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 25. März 1903:

Die Präsidenten der gesetzgebenden Körperschaften und die polnischen Redner.

Berlin, 23. März.

(P.) Die Rücksichtslosigkeit, welche die Präsidenten der gesetzgebenden Körperschaften den polnischen Rednern gegenüber an den Tag legen, nimmt immer deutlicher die Gestalt einer bei diesen Herren gegen uns herrschenden feindlichen Gesinnung an. Sie entspricht absolut nicht dem bei Übernahme des ihnen anvertrauten Amtes gewöhnlich von ihnen abgegebenen Versprechen, allen gegenüber mit gleicher Unparteilichkeit verfahren zu wollen. Jede Kritik der Regierung oder der gegenwärtig bei uns herrschenden Verhältnisse scheint ihnen unlieb zu sein und sie beleidigt ihre Ohren, sofern sie einem polnischen Munde entstammt. Mit frampshafter Ungeduld die Glocke in seiner Hand haltend, paßt der Präsident manchmal auf unsere Redner auf wie der Jäger auf ein Wild, nach einem Ausdruck, nach einer kritischen, schärferen Wendung suchend, für welche er dem Redner eine Rüge erteilen oder ihn gar zur Ordnung rufen könnte. Bei der letzten „schlesischen Debatte“ in der preußischen Kammer beim Kultusetat mußte jedem die dem Abg. Korsantý gegenüber beobachtete Rücksichtslosigkeit auffallen. Er wurde durch den Vizepräsidenten Krause zur Ordnung gerufen wegen des auf seine Partei angewandten Ausdrucks „Klimbim“, wegen einer Kritik, die sich weder auf Mitglieder des Landtages, noch auf die Regierung, sondern auf die Agitation der Zentrumsmacher in Schlesien, auf ihr zweideutiges Verfahren gegenüber dem dortigen polnischen Volke bezog. Kann man das, was in Schlesien vorging und vorgeht nicht mit dem Propst Rasse einen Schacher vom reinsten Wasser nennen? Einem polnischen Redner soll also nicht erlaubt sein, über eine Partei zu urteilen, die uns gegenüber feindlich auftritt? Es scheint so zu sein, da der Präsident sogar eine solche Kritik als ungehörig ansieht. Eine ähnliche Rücksichtslosigkeit des Präsidenten v. Kröcher machte sich bei einer Rede bemerkbar, welche der Abgeordnete Leo v. Czarlinski im Landtag gehalten hat. Er wurde zweimal zur Ordnung

gerufen für eine durchaus begründete Kritik des neuen Gesetzes, welches auf die Vereitelung des Parzellierens größerer Güter unter das polnische Volk abzielt.

Unser hervorragender Parlamentarier nannte, indem er den § 15 dieses die polnische Bevölkerung konstitutioneller Rechte beraubenden Gesetzes kritisierte, dasselbe ein „unwürdiges Mittel“. Nach Ansicht des Präsidenten scheint jedes uns gegenüber angewandte Mittel würdig zu sein. Die Auffassung, ob irgend eine Handlung würdig oder unwürdig ist mit Bezug auf die Gerechtigkeit, auf den vorgeblichen Grundsatz der preußischen Regierung, daß jeder Preuße vor dem Gesetze gleich ist, diese Auffassung verweist sich fast immer mehr bei dem Herrn Präsidenten und bei dessen Kollegen.

Die satyrische Anführung der Worte des schwedischen Kanzlers Drenstjerna durch den Abgeordneten v. Czarlinski, daß die Welt nicht durch allzuviel Verstand regiert wird, brachte den Präsidenten vollends aus dem Gleichgewicht. Eine allgemeine Kritik der Regierenden ist also nicht erlaubt, denn man kann sie auf die preußische Regierung beziehen, die ein noli me tangere ist, da alles, was die Regierung tut, doch wohl klug, vorzüglich durchdacht und ausgeführt ist.

Sehen wir uns indes einmal die Rehrseite der Medaille an. Sobald die konservativen Abgeordneten das Andenken Caprivi's, seine, wie ihnen scheint, der Landwirtschaft ungünstige wirtschaftliche Tätigkeit bei den Handelsverträgen beschimpfen, da ist ihnen jede Ausdrucksweise gestattet. Eine derartige Kritik der Regierung, eines Mannes, dessen Kollegen heut noch Minister sind, eine solche Kritik ist statthaft, da sie von einer übermächtigen Partei herkommt, welcher alles erlaubt zu sein scheint.

Es ist ferner unmöglich, das unedelicate Umgehen des Präsidenten mit dem Abgeordneten v. Miegolewski unbeachtet zu lassen, dem er den Vorwurf machte, daß er seine Rede ablese. Diese Rücksichtslosigkeit wird nicht verringert dadurch, daß er dem Redner später sein Bedauern ausdrückte wegen der ihm zugefügten Unbill. Der Elässer Baron de Schmitt hat im Reichstage seine Reden ohne Zeremonien abgelesen, indem er sich mit der unzureichenden Kenntnis der deutschen Sprache entschuldigte, — aber er zählt sich ja zur konservativen Partei.

Auch im Reichstage pflegt die Rücksichtnahme seitens der Präsidenten verschieden gehandhabt zu werden. Dem einen Redner gestatten sie, über Sachen zu reden, die mit der Tagesordnung nicht den geringsten Zusammenhang haben, während ein anderer, sobald er Pole ist, gewissermaßen am Gängelbunde gehalten wird, indem man ihm mit der Glocke die Entwicklung einer Ansicht versperret, welche die Diskussion in unangenehme Bahnen leiten könnte.

Graf Ballestrem hat am 3. März, als in dem Herrenhause das neue Ansiedelungsgesetz besprochen worden war, dem Abgeordneten Janta v. Polczynski, der dasselbe gleichzeitig zur Sprache bringen wollte bei der Erörterung der Konservativen, über die auf die Festigung des kleinen Besitzes durch die Reichsgesetzgebung abzielenden Bestrebungen, nicht gestattet, einen kritischen Vergleich zwischen diesen Gesetzen zu ziehen und zu betonen, daß die Reichsgesetzgebung von der preußischen Gesetzgebung und von dem dort mit Hilfe der Konservativen dominierenden Einfluß des Ministers v. Hammerstein abhängig sei.

An demselben Tage gestattete man vorher dem Abgeordneten Voemelburg eine halbe Stunde lang über die Ausschreitungen der Polizei in Dortmund zu sprechen, ein Thema, das mit dem Etat der Reichsgesetzgebung nichts zu schaffen hatte, und dem Abgeordneten Stöcker erlaubte man eine lange Polemik

gegen die Sozialisten, die keinen Zusammenhang hatte mit dem Etat des Kriegsministers.

Hier war die Kritik der Sozialisten und nicht der Konservativen anscheinend nach dem Urtheil des Präsidenten erlaubt, da es sich um die Stärkung der staatszerhaltenden Elemente durch den Kampf gegen die sogenannte Umsturzpartei handelte.

Verschiedene Auffassungen rufen verschiedene Folgen hervor und sie sind maßgebend bei denen, welche die Gewalt in Händen haben.

Aus Nr. 73 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 30. März 1904:

Grammatischer Kreuzzug.

Zu dem letzten Erlaß des Herrn Justizministers in Sachen der Schreibweise der polnischen Eigennamen bemerkt ein Korrespondent des Dziennik:

„Es scheint dem Herrn Justizminister leid zu tun, daß im Jahre 1898 ein Erlaß ergangen ist, welcher den Standesbeamten gebietet, die Eigenheiten der polnischen Sprache hinsichtlich der Vor- und Zunamen zu berücksichtigen. Man sollte ihn wohl auf irgendwelche Weise ändern? Der Herr Minister fragt also die Beamten, ob jener Erlaß sich als praktisch erwiesen habe, ob er nicht eine unerträgliche Belastung und andre Schwierigkeiten herbeigeführt habe.

Herr Minister! Wir wollen Ihnen mit der Hand auf dem Herzen antworten: Jawohl, er hat eine Belastung und Schwierigkeiten herbeigeführt! Der Beamte ist jetzt verpflichtet, Striche, Punkte und Häkchen zu machen! Das belastet und verursacht Mühe. Belastet es aber in der Tat unerträglich? Ist die Intelligenz der preussischen Beamten schon in dem Grade schwach geworden, daß ein Strich, ein Punkt und ein Häkchen nicht mehr hineinzubringen möglich ist und daß diese drei Mächte ihren Geist und unmittelbar die gesamte Beamtenorganisation bedrohen? Wir zweifeln daran? Der Herr Minister scheint dies aber anzunehmen, wie aus dem Erlaß zu entnehmen ist. Welches Glück, daß die deutsche Sprache das Tüpfelchen auf dem i mit der unsrigen gemein hat, sonst möchte man uns auch das nehmen wollen. Wie schade jedoch, daß dieser J-Punkt der einzige Punkt ist, in welchem wir mit dem Herrn Minister einverstanden sind!

Lächerlich geradezu ist die Vermutung des Herrn Ministers, daß so mancher zwecks „Schifane“ oder „Agitation“ verlangt, daß ein solcher Strich, Punkt oder Haken seinem Namen beigelegt werde! Jeder Pole, oder besser gesagt, jeder, der die polnische Sprache kennt, selbst wenn er Nichtpole ist, würde den Herrn Minister belehren, daß dies unmöglich ist. Denn entweder gehört ein solches Zeichen zum Namen, dann ist es nötig und dann ist ein Name ohne dasselbe eine sinnlose Karrikatur, oder es gehört nicht dazu, und dann ist ein Name mit einem solchen Anhängsel wiederum eine Karrikatur, etwas Zbiotenhaftes.

Weiter fragt der Herr Minister, ob ein allgemeines Anrecht auf solche Sprachzeichen anzuerkennen ist oder ob die Aufhebung des erwähnten Runderlasses rechtlich zulässig wäre.

Würde man oben im Ministerium irgendwelche Grundlage gefunden haben, auf Grund deren sich dies Recht abschreiben und der Runderlaß sich aufheben ließe, dann würde der Herr Minister bestimmt seine Untergebenen nicht darüber befragen. Doch ungeachtet alles Abplackens hat man eben eine solche Grundlage nicht gefunden. Vorwärts also, mögen auch andre ad majorem gloriam des Hakatismus ihre Köpfe anstrengen! Vielleicht schnüffelt schließlich irgend ein

geniales Hirn in der Ziegelei der Justiz irgend einen Lehm aus, aus welchem man ein „gerechtes“ und „gesetzliches“ Schöpferwerk eines erlösenden Vetos zusammenkneten könnte.

Auf obige Frage sollen preussische, die polnische Sprache also nicht kennende Beamte antworten, während doch der einzige Kompetente in dieser Angelegenheit nur ein polnischer Linguist sein kann. Denn hier handelt es sich um unverbrüchliche Rechte der Sprache. Das Anrecht auf den und keinen anderen Namen hat schon bestanden, ehe sich am grünen Tisch mächtige Minister den Kopf über die Frage zu zerbrechen begannen, ob ein solches Recht anzuerkennen sei oder nicht. Solche Rechte kann man weder schaffen noch aufheben, denn sie bestehen deshalb, weil sie bestehen, aus eigener Kraft, unabhängig von dem Willen des Verstandes der Juristen. Wer überhaupt darüber nachzudenken beginnt, ob man ein solches Recht nicht versagen oder ob man es aufheben könnte, der liefert damit den Beweis, daß er diese Sache nicht versteht, daß ihm die Fähigkeit fehlt, sie zu begreifen. Ein solches Unternehmen ist mindestens unkulturell.

Wir antworten Ihnen also, Herr Minister, wir, die wir uns dazu mehr berufen fühlen, als diejenigen, für welche unsere Sprache ein unverständliches türkisches Chinesisch ist und von denen Sie trotzdem eine Antwort fordern, wir antworten Ihnen, daß es kein Gesetz gibt noch geben kann, welches uns das Recht auf den und keinen anderen Namen absperrt, daß der Versuch, ein solches Gesetz zu schmieden nicht allein unkulturell, sondern unverständlich und eine geistige Karrikatur wäre.

Aber werden Sie uns denn glauben? Sie glauben eher einem „treuen“ Gerichtsdienner, der als Entgelt für das Häkchen an einem polnischen Buchstaben an seine Brust irgend ein blühendes Ding hängen möchte.

* * *

Augenscheinlich beabsichtigt man germanisierte Änderungen der polnischen Namen zu schaffen ohne Rücksicht darauf, daß aus solchen Änderungen mit der Zeit große Angelegenheiten und Verluste erwachsen können, nicht nur in den politischen, sondern auch in den zivilen Verhältnissen der Inhaber dieser Namen.

Es sind uns Fälle bekannt, daß man gegenwärtig bei den sehr modernen Adelsprüfungen aus Namen mit germanisierter Schreibweise besondere Familien herleitet, die mit denjenigen Familien, welche die korrekte polnische Schreibweise anwendeten und anwenden, nichts gemein haben. Sofern also hunderte von neuen, merkwürdig lautenden Namen entstehen werden, werden noch ärgere Verwirrungen und Reaktionen für die Interessenten zu befürchten sein.

Und welche Verwirrung würde erst in hypothetischen und Erbschaftsangelegenheiten entstehen? Die Erbeselegitimation würde geradezu unmöglich. Sollte die Volksgemeinheit die Vorbereitungen zu noch größerer Erschwerung der Rechtspflege ruhig mit ansehen? Im Namen der Gesamtheit danken wir denen, die uns auf die neue, unsrer Existenz und unsrer Ruhe drohende Gefahr aufmerksam gemacht haben.

Mehr Korfantis tun uns not.

Aus Nr. 77 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 3. April 1904:

Der Ufas des Herrn Justizministers

in Sachen der polnischen Namen ist in seiner Begründung verkehrt, in seinen Tendenzen aber für uns sehr gefährlich. Es handelt sich anscheinend darum, ob die Polen auf Grund des § 12 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auch dann ein unantastbares Anrecht auf

ihre Namen haben, wenn der deutschen Grammatik unbekannte Zeichen darin enthalten sind. Ihre Ansicht in dieser Angelegenheit sollen die Richter in der Provinz äußern. Der Herr Minister weiß wohl, daß die Richter, da sie alle Hände voll zu tun haben, sich größtenteils auf einen kurzen Bescheid beschränken, ohne eine gründliche, auf die Literatur und rechtliche Motive gestützte Begründung und daß die Ministerialräte ihn genauer würden informieren können. Wenn er sich ungeachtet dessen an die Gerichte gewendet hat, so kommt das daher, weil es sich hier in Wirklichkeit nicht darum handelt, ob die Polen ein Anrecht auf ihre Namen haben, sondern darum, ob es nicht anginge, den Polen ihre Rechte aus anderen, germanisatorischen Gründen zu verkürzen. Daher diese merkwürdige Anfrage, ob aus Anlaß der polnischen Namen für die Beamten nicht unerträgliche Verhältnisse entstanden seien, oder ob sogar nicht jemand aus Schifane oder agitatorischen Gelüsten gefordert habe, daß sein polnischer Name korrekt mit allen ihm gebührenden Strichen und Zeichen geschrieben werde.

Germanisatorische Tendenzen haben den Herrn Minister am Ende seiner Karriere auf Abwege geführt, die geradezu zu der Konsequenz führen, daß es den Polen gegenüber keine genauen rechtlichen Grundsätze gibt. Hier ein Beweis! So mancher Pole hat an seinem Fell den allerhöchsten Kabinettsersaß vom 15. April 1822 gespürt, der bei einer Geldstrafe von 150 Mark jede eigenmächtige Änderung seines Namens verbietet. Das Kammergericht von Berlin als höchster Gerichtshof in Angelegenheiten dieser Art war früher der Ansicht, daß eine Änderung der Schreibweise eines Namens noch keine Änderung des Namens selbst sei. Doch im Urteil vom 12. April 1900 erklärte es sich einverstanden mit der gegenteiligen Ansicht der Strafkammer in Noworazlaw, sie mit folgenden Ausführungen begründend:

„Zweck des Kabinettsersasses ist, Irrungen bei der Ermittlung der Bevölkerung vorzubeugen. Zu erreichen ist er nur, wenn ein Zwang besteht, den richtigen Namen korrekt zu schreiben. Darum ist jede Willkürlichkeit bei der Schreibweise des Namens als Änderung dieses Namens selbst anzusehen.“

Es handelte sich damals darum, daß der Angeklagte Schulz seinen Namen „Szulc“ geschrieben hatte.

Wenn es also nicht gestattet ist, sogar die Schreibweise des Namens zu ändern, so sollten dies umso mehr die Staatsbehörden unterlassen, um keine Verwirrung zu verursachen und den Polen nicht Bestrafungen auszuweisen. Sollte es dem Herrn Minister gelingen, seine Tendenzen in die Tat umzusetzen und namentlich den Standesämtern zu untersagen, polnische Namen korrekt zu schreiben, dann würde es mit der Zeit auch den Polen nicht statthaft sein, ihre Namen anders zu schreiben, als sie in die Standesamtsregister eingetragen sind, und für jedes korrekte Schreiben des Namens würde man ihnen Strafen in Höhe von 150 Mark auferlegen nach den Grundsätzen des erwähnten kammergerichtlichen Urteils.

Diesen Absichten muß entschieden vorgebeugt werden. Wie wir hören, fühlen sich die einschlägigen Faktoren in dieser Hinsicht zu einer Abwehraktion gedrungen.

Aus Nr. 77 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 3. April 1904:

Der neueste Standpunkt des Zentrums in der Polenfrage.

Vor zwei Wochen gab unsere ganze Presse dem Dziennik Berlinski zufolge die Mitteilung wieder, „daß

der Verband der Zentrumspreffe (Augustinusverein) in einer jüngst in Berlin abgehaltenen Versammlung mit Stimmenmehrheit den Beschluß gefaßt habe, nach der Richtung hin tätig zu sein, daß die Zentrumspreffe im Landtage wie im Reichstage alle Beziehungen zur polnischen Fraktion löse. Und zwar solle das Zentrum von jetzt ab der polnischen Fraktion keine Anträge noch Interpellationen mehr unterschreiben, sich an polnischen Debatten nicht beteiligen, kurz die polnischen Abgeordneten bei ihrer politischen Aktion in keiner Weise tätig unterstützen.

Im Hinblick darauf hat der Dziennik Berlinski der Neugier Ausdruck gegeben: „ob sich das Zentrum des Reichs- und Landtages wirklich dem Kommando der Mehrheit jenes Verbandes seiner Parteipresse unterstellen werde.“ Daraufhin erklärte die Germania: der Dziennik Berlinski habe irgend etwas läuten hören, er wisse aber nicht, in welcher Kirche, diese ganze Mitteilung sei von Anfang bis zu Ende erfunden.

Heut liegt vor uns eine im Augustinusblatte (Nr. 3 d. J.), dem Organe dieses Verbandes, veröffentlichte amtliche Bekanntmachung des Augustinusvereins. Diesem Blatte entnehmen wir zunächst die Nachricht, daß am 7. März d. J. eine außerordentliche Generalversammlung stattgefunden hat. In derselben haben — wie gewöhnlich — die Vertreter aller hervorragenden Zentrumsblätter und eine ansehnliche Zahl von Publizisten und Abgeordneten dieser Fraktion teilgenommen. Diese sind in dem Blatte namhaft gemacht. Auf der Tagesordnung stand neben verschiedenen Berufs- und Parteianglegenheiten auch die polnische Frage. Diese gelangt jährlich zur Diskussion in den Generalversammlungen, welche während den Landtagssessionen in Berlin unter Beteiligung der Zentrumsabgeordneten des Reichs- und Landtages stattfanden.

Schon bei Durchsicht des Berichts dieser Generalversammlung ist uns sehr aufgefallen, daß die Liste vom 7. d. Mts. keinen einzigen Namen aufweist, der bezeugen würde, daß irgend ein Pole an dieser Versammlung teilgenommen habe, — während wir in anderen Jahren in der Teilnehmerliste auch polnische Namen (z. B. die des Grafen M. Mielzynski, des Fr. Morawski und anderer Publizisten und Redakteure polnischer Blätter) sowie Ansprachen dieser Landsleute, in welchen das Zentrum über unsere Verhältnisse unterrichtet wurde, und Aufforderungen zur energischen Unterstützung polnischer Interessen seitens der immer mächtiger werdenden katholischen Partei lesen konnten.

Noch mehr: Aus dem Berichte dieser Versammlung, und zwar aus der offiziellen, weil vom Generalsekretär des Augustinusvereins veröffentlichten Rundgebung des Verbandes geht hervor, daß vor der Generalversammlung eine Vertrauenssitzung „in engerem Kreise der an der polnischen Frage mehr interessierten Parteimitglieder“ stattgefunden hat, deren Ergebnis folgende im Plenum der Generalversammlung einstimmig angenommene Resolutionen waren:

1. Die energische Unterstützung der Verteidigung der polnischen Bevölkerung, namentlich der polnischen Katholiken bleibt auch fernerhin Pflicht der Zentrumspreffe.
2. Die Forderung der Verteidigung der polnischen Sprache und der väterlichen Gebräuche, sowie die Forderung der Gleichberechtigung der polnischen Bevölkerung in Oberschlesien in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht erachten wir als gerechtfertigt und berechtigt, aber wir verurteilen und bekämpfen die Schürung der über diesen Rahmen hinausgehenden nationalpolnischen Bewegung in Oberschlesien.

3. In der öffentlichen Diskussion ist Oberschlesien nach Möglichkeit von den eigentlichen polnischen Landesteilen abzusondern.
4. Hinsichtlich der gegenwärtig am Steuer befindlichen polnischen Politiker ist eine kühle Reserve zu beobachten.
5. Die erforderliche Preßpolitik hat sich auch weiterhin in ruhigem sowie streng sachlichem Tone zu halten und die Erregung der Leidenschaften zu vermeiden.
6. Zu unterstützen ist nach Kräften unter der polnischen Bevölkerung die sozialpolitische Aufklärung und Organisation.

Vorher hatte der Publizist Herr Nienkemper aus Zehlendorf „über die Polenfrage“ Bericht erstattet. Nach dem Wortlaut des Versammlungsberichts „erörtere er die Entwicklung der polnischen Politik, die Herrschaft des Radikalismus in der polnischen Fraktion und im ganzen öffentlichen Leben der polnischen Bevölkerung, die gegenwärtige Ohnmacht der gemäßigten und vom Geiste der Kirche beseelten Elemente, die an das Zentrum ergangene Kriegserklärung sowie die Vorteile, welche der Faschismus und die Sozialdemokratie aus der radikalen polnischen „Politik“ zögen.

Es handele sich hier um einen Krankheitsprozeß, welchen die polnische Gesamtheit gegenwärtig durchmache; eine Gesundung könne nur von außen erfolgen. Das Zentrum solle, wie bisher, so auch in Zukunft aller Dummheiten und feindlichen Schritte ungeachtet seine Pflicht erfüllen bei der Verteidigung der katholischen Rechte, Freiheiten und Interessen, im übrigen aber müsse es ruhig das Ergebnis der Gärung abwarten, welche im Organismus der polnischen Bevölkerung vor sich gehe.“

Aus obiger Darstellung geht hervor, daß die Nachricht des Dziennik Berlinski zwar irrig war, — aber daß aliquid haeret, und zwar etwas sehr wichtiger Natur, wenn auch nach anderer Richtung hin.

Das Zentrum wird also sowohl in den gesetzgebenden Körperschaften, als auch in der Presse die berechtigt erscheinenden polnischen Angelegenheiten unterstützen, aber ohne Verständigung mit den gegenwärtigen polnischen politischen Führern, — es wird aber bekämpfen die nationale Bewegung des polnischen Volkes in Oberschlesien, die es verurteilt und deren Berechtigung es nicht anerkennt. Diesen Standpunkt hat das Zentrum vor 3 Wochen eingenommen. Der Zweifel des Dziennik Berlinski, ob das Zentrum im Reichs- und Landtag sich dem Kommando der Mehrheit des Vereins seiner Parteipresse unterwerfen werde, hat nichts zu bedeuten, wenn man erwägt, daß wir unter den 800 Mitgliedern des Augustinusvereins die Namen aller hervorragendsten Zentrumsparlamentarier antreffen, und unter den in der letzten Versammlung Anwesenden auch die unserer Sache wohlgesinntesten Redakteure und Publizisten. Aber dieser Beschluß ist vor dem Beuthener Prozeß gefaßt worden, als das schlesische Zentrum obenauf war, als es noch nicht amtlich und öffentlich kompromittiert war und auf die Durchführung des Beschlusses ohne Zweifel entscheidend eingewirkt hat. Der Beuthener Prozeß kann darauf einwirken, ob der Beschluß in die Tat umgesetzt werden und wie weit die Auffassung im Zentrum in der polnischen und namentlich in der ober-schlesischen Sache eine Änderung erfahren wird.

Aus Nr. 74 des Orędownik (Posen)

vom 31. März 1904:

Niederlage der germanisierenden Geistlichen in Oberschlesien.

Der Beuthener Prozeß wider die Redakteure des Gornoslonszak ist — eine große Niederlage der germanisierenden Geistlichen, welche um jeden Preis die keimende und beginnende nationale Bewegung in Oberschlesien niederwerfen wollten. Die Niederlage war schon innerhalb zweier Tage des Zeugenverhörs so groß und furchtbar in ihren Folgen, daß Kardinal Kopp die ihm mit gebührender Ehre und mit aufrichtiger Abbitte dargebotene Hand begierig annahm, die Klage zurückzog und damit der weiteren Gefahr des Zeugenverhörs ein Ziel setzte, einer Gefahr, die nicht dem polnischen Elemente, sondern dem öffentlichen Interesse der Kirche selbst drohte.

Ist das ein Sieg, ist das ein Triumph der polnischen Sache? — Denn sogar solcher Ausdrücke bedienen sich die deutschen liberalen Zeitungen bei der Besprechung des Beuthener Prozesses.

Heut ist die Beantwortung dieser Frage schwierig.

Der Gornoslonszak ist aus diesem Prozesse unverfehrt davongekommen, er hat dabei keinen von den Zentrumsgeistlichen so gewaltsam angegriffenen katholischen Standpunkt betont und ist einer Strafe entgangen. Aus dem Prozesse ist die polnische Nationalbewegung siegreich hervorgegangen, der Prozeß hat die germanisierenden Zentrums-Geistlichen in schrecklicher Weise gebrandmarkt und ihnen — vorläufig — den Mund gestopft. Das ist — zum mindesten — eine große Erleichterung für die polnische Nationalbewegung in Oberschlesien, denn für diese waren, wie wir immer behaupteten, die germanisierenden Geistlichen gefährlicher sogar als das preußische System.

Der Beuthener Prozeß des Gornoslonszak hat in dem Verhör der geladenen Zeugen das Vorgehen der germanisierenden Geistlichen in seiner ganzen Entsetzlichkeit enthüllt, der Geistlichen, die sich nicht scheuten haben, die heiligen, unverletzlichen Einrichtungen der Kirche, hauptsächlich das hl. Sakrament zu mißbrauchen, um sich in dem hartnäckigen Kampfe mit der polnischen Nationalbewegung des Namens Gottes selbst als Deckmantel zu bedienen.

Sogar die Protestanten, ja selbst die nichtchristlichen Feinde der Kirche, die Juden, drücken ihr Erstaunen und ihre Abscheu davor in ihren Blättern aus.

Der Prozeß sieht aus wie ein Racheakt Gottes, von der Vorsehung auf die germanisierenden Geistlichen herabgeschickt dafür, daß sie im Kampfe mit dem polnischen Volke Gottes Namen mißbrauchten.

Dies alles zusammengefaßt stellt sich wie ein Sieg der polnischen Sache in Oberschlesien dar, allein es ist kein Sieg. Jedenfalls wäre es verfrüht und unpolitisch, sich solcher verlockenden Täuschungen hinzugeben. Glauben wir, daß der Beuthener Prozeß der nationalen Sache zum Vorteil gereichen wird, gleichzeitig aber schließen wir auch nicht die Augen angesichts der Schwierigkeit des ferneren Kampfes um jede Position unserer nationalen Interessen!

Von niemandem vorhergesehen, erfolgte der Beuthener Prozeß kurz nach der Ankündigung eines neuen Sturmwetters seitens der preußischen Minister im Reichs- und Landtage.

Die preußische Regierung entwirft, was wir schon mehrmals wiederholt haben, die gegenwärtige Richtung ihres Systems gegen die Polen — nach den Verhältnissen Oberschlesiens. Davon sprachen ausdrücklich fast alle preußischen Minister, namentlich aber der Reichskanzler Graf Bülow. In Oberschlesien haben

sich — angesichts der polnischen Nationalbewegung — die Minister mit dem Zentrum auf einen gemeinsamen Standpunkt gestellt, in dem sie sich in geschlossener Reihe mit der Front gegen diese Nationalbewegung gewendet haben und auf eigene Faust ihre Interessen gemeinsam verteidigen; die preußische Regierung, um die nationale Wiedergeburt Oberschlesiens zu erdrücken, und die Zentrumsmitglieder, um ihre Abgeordnetenmandate nicht zu verlieren. Dadurch ist ein gemeinsamer Boden zur gemeinsamen Arbeit der preußischen Regierung und der Zentrumsmitglieder gegenüber dem polnischen Volke geschaffen worden.

Nur Überbürdung hat uns in letzter Zeit daran gehindert, daß wir bis jetzt noch nicht darauf hingewiesen haben, daß ein Bündnis der preußischen Regierung bei dem gemeinsamen Kampfe gegen die nationale Wiedergeburt Oberschlesiens bevorsteht. Wir tun es heut und erinnern an die Verhandlungen des Reichs- und Landtages, welche den Gedanken wachrufen, daß ohne nähere Unterhandlungen ein Bündnis zwischen dem preußischen System und dem Zentrum in Oberschlesien, zwischen der weltlichen und geistlichen Macht erfolgen wird — behufs Unterdrückung der bei der nationalen Wiedergeburt Oberschlesiens tätigen Faktoren. Die germanisierenden Geistlichen waren während der letzten Wahlen bemüht, das preußische System geradezu zu überbieten. Die schlimmsten Zeiten harnten der polnischen Nationalbewegung in Oberschlesien, bis plötzlich der Beuthener Prozeß des Gornoslonzak unvorhergesehen wie ein Blitz vom Himmel niederfuhr, alle Pläne vereitelte und — augenblicklich — ohne Zweifel die Situation zugunsten der nationalen Wiedergeburt Oberschlesiens änderte. Das verstehen sogar die liberalen, dem Polentum und der Kirche feindlichen deutschen Blätter. Die Aussichten zur Bildung einer Verschwörung zwischen dem preußischen System und dem Zentrum in Oberschlesien sind heut bedeutend vermindert.

Die Niederlage, welche das Zeugenverhör im Prozeß des Gornoslonzak auf die germanisierenden Geistlichen heraufbeschworen, hat die Situation geändert.

Die preußische Regierung wird nicht nachgeben; das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. In den obereschlesischen germanisierenden Geistlichen aber wird sie heut das nötige, entsprechende Material nicht finden, denn dieses Material ist heut, wenn nicht zerrümmert, so doch in hohem Maße kompromittiert. Nicht dadurch, daß es das Polentum in Oberschlesien bekämpfte, denn dies ist dem gegenwärtigen Klassenkampfe eine gleichgültige Sache, nicht dadurch, daß durch die germanisierenden Geistlichen die Heiligkeiten der Kirche selbst verletzt wurden; der Beuthener Prozeß hat den germanisierenden Zentrumsgeistlichen die Qualifikation des zu einem Bündnis mit der Regierung gegen die nationale Bewegung geeigneten Materials entzogen.

Die preußische Regierung wird den angekündigten Weg weitergehen. Das neue Sturmwetter wird an uns nicht vorübergehen. Wenn die Regierung nicht mit den Zentrumsleuten vereint gehen wird, dann wird sie allein den Weg zu den germanisierenden Geistlichen finden. Wofern diese nur germanisieren, und wenn nicht, wofern sie nur die nationale Bewegung untergraben, und selbst wenn dieses nicht, wofern sie nur gleichgültig abseits stehen und dem polnischen Volke nicht einmal einen Finger reichen wollten.

Von solchen Geistlichen, die von der Kanzel und im Beichtstuhl den Kampf mit dem Volke führten, läßt sich alles erwarten, jedenfalls läßt man solches Material nicht aus der Hand deswegen, weil — die Klage in Beuthen zurückgezogen wurde. Schon heute äußert sich das Posener Tageblatt in dieser Weise über das

Material, welches die germanisierenden Geistlichen für das preußische System bilden, und es droht den Zentrumsleuten, daß es sie den Sozialdemokraten gleichstellen wird, wenn sie nicht willig — den hakatistischen Wahlsprüchen folgen werden.

Wie sich in nächster Zukunft das fernere Verhältnis zwischen dem preußischen System und den germanisierenden Geistlichen, dem Zentrum und der geistlichen Behörde in Oberschlesien gestalten wird, läßt sich schwer voraussagen. Jedenfalls wird es nicht besser werden, höchstwahrscheinlich jedoch werden noch schlimmere Zeiten kommen. Wenn zu niemandem, so können wir zu den preußischen Ministern das Vertrauen haben, daß sie, wie sie einen neuen Sturm angekündigt, ihr Wort auch einlösen werden.

Dafür gebührt ihnen von unserer Seite sogar Dank, denn an Schnellfeuer gewöhnt, werden wir im Kampfe um so leichter Ruhe und Gleichgewicht bewahren. Wie bisher, müssen wir uns auch im weiteren Kampfe auf unsere eigene Kraft verlassen. Was fällt, wird nicht aufstehen; und leben wird, was sich im Kampfe durchschlagen und behaupten wird. In dem Verhältnisse des preußischen Systems zu den germanisierenden Geistlichen des Zentrums wird uns nur der eine Umstand — zwar nur mittelbar, in unserer Lage ist aber auch dies von gewissem Wert — förderlich, hilfreich sein, — der Umstand, daß der Prozeß des Gornoslonzak nicht nur zu einer Niederlage für die germanisierenden Geistlichen, sondern zu einer noch größeren — für die öffentlichen Interessen der katholischen Kirche in der ganzen preußischen Monarchie geworden ist.

Die der katholischen Kirche und uns Polen feindlich gesinnten, liberalen deutschen Blätter würden von einem „Sieg und Triumph“ der obereschlesischen Sache, von dem Abgeordneten Korsanty in der strahlenden Aureole eines obereschlesischen Moses nicht schreiben, wenn sie nicht das Gefühl hätten, daß ihnen der Beuthener Prozeß eine furchtbare Waffe gegen die katholische Kirche geschnitten hat. Die heutige Posener Zeitung deutet dies schon an.

Man darf annehmen, daß dies Kardinal Kopp als Hirt seiner Schäflein, als gesalbter Bischof Christi in seinem oberhirtlichen Herzen ebenfalls empfunden und die Abbitte leistende Hand der Redakteure vom Gornoslonzak väterlich angenommen hat.

Damit beschließen wir für heut unsere Betrachtungen, die uns der Beuthener Prozeß eingegeben hat.

Aus Nr. 78 des Ogedownik (Posen)

vom 6. April 1904:

Die „Germania“

hatte in ihrer Osternummer aus Anlaß des vom Kardinal Kopp gegen den Gornoslonzak angestregten Prozesses die polnischen Fraktionen stark angegriffen, weil dieselben ein so radikal gesinntes Mitglied wie den Abgeordneten Korsanty in ihrer Mitte duldeten. Der Ogedownik skizziert den Artikel des Zentrumsblattes und schreibt im Anschluß daran:

„Man hätte erwarten können, daß die „Germania“ bei ihrer kreuzritterlichen Gesinnung nach dem Beuthener Prozesse wenn nicht demütiger, jedoch wenigstens bescheidener auftreten würde, aber ihre kreuzritterliche Dreistigkeit ist vielmehr gewachsen, und sie fordert beinahe, daß beide Fraktionen den Abgeordneten Korsanty verleugnen sollen, sofern sie — die Germania — dieselben auch weiterhin als katholische Fraktionen gelten lassen soll.

Unsre Leser merken, wie weit sich die Arroganz der „Germania“ verstiegen hat. Sie wird ihren bis-

herigen Standpunkt nicht verlassen, sie wird dahin arbeiten, daß das gegenwärtige Verhältnis zwischen Regierung und Zentrum sich infolge der polnischen Frage in Preußen nicht verschlimmere, selbst wenn das Zentrum in eine Art losen Bündnisses mit der Richtung des preußischen Systems gegen die nationale Bewegung des polnischen Volkes hineingezogen werden sollte. Und die Germania wird noch versuchen, ob es nicht gelingt, aus beiden polnischen Fraktionen Lakaien des katholischen Zentrums zu machen. Gegebenenfalls wird das Blatt es fertig bringen, beiden polnischen Fraktionen sowie der gesamten nationalen Bewegung den katholischen Charakter abzusprechen, und wenn es ihr gelingen sollte, diese Meinung in den Kreisen der Deutsch-katholiken populär zu machen, dann würden die geistlichen Germanisatoren nicht nur in Oberschlesien, sondern auch in anderen polnischen Gegenden die Hände freihaben und ebenso wie bisher weiter verfahren unter Anerkennung von Seiten der Germania und vieler Zentrumsleute.

In welcher Form und in welcher Ausdehnung der unvorhergesehene Beuthener Prozeß weiterhin wirken wird, ist fürs erste schwer zu sagen. Es wird jedoch gut sein, wenn wir uns vorher auf Alles vorbereiten. Und hier verlohnt es sich, sich daran zu erinnern, daß es gilt, im politischen Kampfe den Gegner nicht gering zu schätzen, und daß es auch eine falsche Politik ist, wenn wir die eigenen schwachen Seiten vor uns selbst verbergen.

Wenn wir so in der Politik falsch kalkulieren, reden wir uns ein, daß wir die schwachen Seiten vor unserem Feinde nicht aufdecken wollen, während wir doch gleichzeitig, indem wir diese Schwäche vor uns verheimlichen, die eigene Position dem Feinde gegenüber schwächen.

Die Germania kommt in ihrer kreuzritterlichen Arroganz zu den oben hervorgehobenen Ausführungen auf Grund eines bestimmten, dem Abgeordneten Korfanty gemachten Vorwurfs. Dieser ist den Wählern wohl bekannt, die am 15. Februar d. Js. in Schroda Herrn Korfanty zum Abgeordneten für den preußischen Landtag gewählt haben. Aber die näheren Verhältnisse sind über den Wahlkreis Breschen—Schroda—Schrinn hinaus vielleicht nicht bekannt. Zur Aufklärung weiterer Kreise bieten wir hier eine Aufklärung.

Die Germania droht beiden polnischen Fraktionen, sie werde dieselben wegen des Abgeordneten Korfanty nicht als katholische Fraktionen ansehen, solange sie diesen Charakter nicht durch die Tat beweisen würden. Die Germania beruft sich darauf, daß Herr Korfanty, schon als er in Oberschlesien zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden war, vor Weihnachten im Gornoslonsak einen Aufruf veröffentlicht habe, worin er aufforderte, man solle ihm mitteilen, welche Geistlichen im Beichtstuhl gegen die nationale Bewegung in Oberschlesien agitiert hätten. Nach der Ansicht der Germania ist das ein Sicheindrängen in die Geheimnisse des Beichtstuhls. Soweit dürfe sich kein Katholik versteigen, noch weniger aber ein Abgeordneter, ein Mitglied der polnischen Reichstagsfraktion, in welcher auch polnische Geistliche saßen.

Angeichts dessen erklären wir, daß wir den obigen, dem Abgeordneten Korfanty seitens der Germania gemachten Vorwurf nicht allein als einen sehr schweren, sondern auch als einen vollständig begründeten ansehen. Das haben wir s. B. in unserem Blatte ausgesprochen. Es war das ein verhängnisvoller Schritt von Seiten des Abgeordneten Korfanty. Zu bedauern ist, daß er sich damit so sehr beeilt und niemanden um Rat gefragt hat. Der Drendownik nebst dem Postemp befanden sich, als sie mit der veröhnungsparteilichen Politik des Erzbischofs von Gnesen—Posen

kämpften, in einer ähnlichen, wenn auch nicht so schwierigen Lage, wie der Abgeordnete Korfanty, sie sind aber öffentlich dem Beichtgeheimnis nicht nahe getreten. In Oberschlesien befanden sich auch andere Redakteure in dieser Lage — von einem derselben haben wir spezielle Informationen — gleichwohl sind sie dem Pfade des Abgeordneten Korfanty, dessen in Rede stehenden Aufruf die Germania heut eine Infamie nennt, nicht gefolgt. Auch heut nach dem Beuthener Prozeß ändern wir unsre Ansicht nicht, und wir sehen den Aufruf des Abgeordneten Korfanty als einen verhängnisvollen, bedauernswerten Schritt an. Wenn die Wähler des Abgeordneten Korfanty im Wahlkreise Breschen—Schroda—Schrinn sich über diesen unpolitischen Schritt des genannten Abgeordneten nicht Rechenschaft abgelegt und ihn ohne hinlängliche Überlegung zum Landtagskandidaten aufgestellt hätten, dann hätte die Germania darin einen Anlaß für ihre gegen die polnische Fraktion gerichteten Ausfälle haben können. So ist es jedoch nicht. Die Führer der Volkspartei in Schroda und Schrinn sind über die politische Tragweite jenes Aufrufs vorher informiert worden. Außerdem ist er in einer besonderen Versammlung von Vertrauensmännern der Volkspartei, an welcher über 30 Personen aus Posen, aus der Schrodaer, Schrimmer und Breschener Gegend teilgenommen haben, ausführlich besprochen worden. Niemand hat ihn gebilligt. Man tat dies absichtlich, damit die Volksparteiler die Kandidatur Korfanty gegenüber deren heftigen Gegnern umso besser verteidigen konnten.

Ungeachtet dessen kam man überein, die Kandidatur aus allen Kräften zu unterstützen, denn obwohl man jenen Aufruf nicht billigte, so verhehlte sich niemand, daß das, was der Abgeordnete Korfanty mittelst seines Aufrufs suchte, die Wahrheit sei. In jener Versammlung sind auch andere Beweise dafür angeführt worden. Die Germania könnte, wenn sie wollte, hierüber glaubwürdige Informationen einziehen, denn jene Versammlung war polizeilich angemeldet, und es war in ihr ein Vertreter der wohlöblichen Polizei zugegen, und ihr wird doch die Germania Glauben schenken.

Die Wähler des Wahlkreises Breschen—Schroda—Schrinn, welche den Abgeordneten Korfanty in den Landtag hineingebracht haben, haben sich mithin über dessen Aufruf genau Rechenschaft abgelegt, und sie haben für ihn gestimmt trotz dieses Aufrufs — aus nationalen, die Erfordernisse der Interessen der katholischen Kirche achtenden Beweggründen, um in ihm einen geborenen Oberschlesier in den preußischen Landtag zu bringen, — denn sonst hätten unsre Landsleute in Oberschlesien lange darauf warten müssen. Damals hat noch niemand an den Beuthener Prozeß gedacht. Heut nach dem Prozesse kann man jenen Aufruf nicht anders beurteilen als vor dem Prozeß, letzterer hat jedoch dem Abgeordneten Korfanty völlig recht gegeben hinsichtlich seiner Klagen über die Geistlichen, und die polnische Bevölkerung ist von diesem seinem Recht so durchdrungen, daß viele jetzt mit Entzücken vom Abgeordneten Korfanty sprechen, obgleich sie auch damit rechnen, daß so manches, was die Zeugen bekundet haben, vielleicht nicht streng der Wahrheit entspricht. Soviel zur Aufklärung der Sache gegenüber dem langen Artikel der Germania, die bereit ist, unsre beiden Fraktionen als katholische anzuerkennen, sofern sie den Abgeordneten Korfanty in irgend einer Form verleugnen wollten. Sie will dekretieren, ob unsre nationale Volksbewegung auch katholisch ist oder nicht, um, wenn sich Aussichten dafür eröffnen sollten, nicht nur aus beiden Fraktionen, sondern auch aus der nationalen Volksbewegung einen Zentrumslakaien zu machen.

Aus Nr. 13 der Praca (Posen)

vom 27. März 1904:

Bentschen, den 19. März.

Schwer und in ihren Wirkungen für die Polen sogar verhängnisvoll sind die Folgen des Bismarckschen Systems der Entnationalisierung der Polen, eines Systems großer Bedrückung. Wie das schwächste Geschöpf, wenn ihm jemand Schmerzen und Pein verursacht, sich mit Aufbietung aller seiner Kräfte wehrt, um sich von diesen Leiden zu befreien, ebenso legt unsere Volks Gesamtheit in dem Kampfe mit der brutalen Kraft des Feindes keine geringe Tatkraft und Ausdauer an den Tag, indem es wie ein Mann in den Kampf mit dem Feinde, der ihm Unrecht tut, geht. Überall wo Bedrückung ist, erwacht und wehrt sich der nationale Geist, und die Volks Gesamtheit hebt sich auch in materieller Hinsicht. In den wenigen Gegenden des Großherzogtums, wo die Gegensätze zwischen Polen und Deutschen nicht so verschärft sind, wo die Deutschen die Polen an sich zu ziehen suchen, dort macht das Deutschtum riesige Fortschritte, während das Polentum Einbuße erleidet. In Bentschen, welches an der brandenburgischen Grenze gelegen ist, schlägt das Polentum infolge der berechneten Taktik unserer allerherzlichsten Freunde einen harten Schlag. Die hiesigen Vereine tragen einen ausschließlich katholischen Charakter. Gemeinsam mit den Deutschen gehören ihnen Polen an, und natürlich ist die deutsche Sprache die Hauptsprache der Vereine. In den Versammlungen werden nur religiöse Fragen erörtert. Die Deutschen bemühen sich auf jede Weise, den Polen den Aufenthalt in diesen Vereinen angenehm zu gestalten. Und so findet der polnische Geist nirgends nationale Nahrung, die polnischen Bürger Bentschens werden langsam, wie dies die Regierung wünscht, zu polnisch sprechenden Preußen. Durch das Lesen des hier erscheinenden Zentrumsblattes werden sie vom deutschen Geiste völlig durchdrungen. Es kommen zahlreiche Fälle vor, sogar in Häusern wohlhabenderer polnischer Bürger, daß sie sich der deutschen Sprache bedienen, weil sie unsere Sprache nicht gründlich beherrschen. Die polnischen Einwohner germanisieren sich selbst. Gern schicken sie auch ihre vier- bis sechsjährigen Kinder in das sogenannte „Kinderheim“, wo sie mit der deutschen Sprache bekannt werden und unter Leitung der Diakonissinnen protestantische Gebete lernen. Einen Gegensatz zu den verschlafenen Bürgern Bentschens bilden die Landbürger der hiesigen Umgegend. Diese sind Nachkommen früherer Hussiten, die sich im fünfzehnten Jahrhunderte in diesen Landstrichen niedergelassen hatten, Katholiken geworden waren und die Nation lieb gewannen, von der sie so gastfreundlich aufgenommen wurden. Und trotz der eifrigen Bemühungen germanisierender Geistlicher halten sie jetzt noch an den alten Gebräuchen und an der polnischen Sprache fest. Gern würden sie sich in polnischen Vereinen zusammenschließen, es fehlt aber an entsprechenden Führern, an intelligenten und gebildeten Polen, die sich mit dieser Angelegenheit befassen würden. Es giebt hier in manchen Dörfern tüchtige polnische Geistliche, die verschiedene Vereine, wie z. B. Rustikalvereine usw. gründen. Ein solcher ist der ehrwürdige Herr Pfarrer Braun in Dombrowka, doch wie wenige sind ihrer! Statt dessen deutsche, germanisierende Geistliche die Menge. Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch deren Bestrebungen das Polentum hier völlig verschwinden wird. Wenn der Pfarrer in Bentschen ein Deutscher sein wird, was am 1. Mai mit der Ankunft des Geistlichen Beier geschehen wird, wenn der Dekan der hiesigen Parochie,

Geistlicher Szwab, unser verdiente, schon hochbejahrte Landsmann, nicht mehr sein wird, dann hat die Stunde für das Polentum in jenen Gegenden geschlagen.

Gibt es denn kein Mittel, um diesem vorzubeugen? Es gibt ein Mittel, und zwar das gleiche, welches von Oberschlesien angewendet wurde, als es die Bahnen einer besseren nationalen Zukunft betrat.

Mögen sich intelligente Männer dieses wichtigen und in hohem Maße gefährdeten Postens in den Westmarken des Großherzogtums annehmen. Könnte nicht ein junger Rechtsanwalt, anstatt in Posen „schöne Vorbeeren“ zu pflücken, hier in stiller, umsichtiger Arbeit der polnischen Sache dienen? Er wird anfangs auf manchen Widerstand stoßen, bevor er sich eine materielle Existenz sichert. — Jedoch sollte ihn das Bewußtsein, ein wie großer Dienst der ganzen Volks Gesamtheit erwiesen wird, wenn den germanisierenden Anläufen unserer Feinde Einhalt getan würde, zur Übernahme dieser Mühen anhalten. Dem hiesigen Arzt Herrn Dr. Krzyzan ist es gelungen, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Trotzdem er unsere Sache stets angelegentlichst im Auge hatte, weshalb er auf eine deutsche Rundschaft nicht rechnen durfte, hat er sich eine große Praxis bei den Seinigen, namentlich unter der ländlichen Bevölkerung erkämpft. Er allein aber ist der Riesenarbeit an der Entwicklung des Polentums nicht gewachsen. Hier tun uns mehrere klare Geister not. Nicht minder könnte hier ein polnischer Modewaren-Kaufmann auf Erfolg rechnen und unserer Sache einen Dienst erweisen.

Es ist noch Zeit, aber die höchste Zeit, eine Aktion der Abwehr einzuleiten. Die Gesamtheit sollte unbedingt diese wichtige Gegend des Großherzogtums im Auge behalten, um sie vor völliger Germanisierung zu bewahren. Möge diese Stimme keine Stimme eines Rufenden in der Wüste sein! Dasjenige Geschlecht intelligenter Leute, welches in dem schweren Kampfe mit dem ewigen Feinde aufgewachsen ist, wird sich zweifellos diesen vergessenen polnischen Landesteil angelegen sein lassen und ihn auf den Weg der Entwicklung des Polentums führen.

Im Namen unserer heiligen Sache bitte ich die polnischen Blätter inständig, sie möchten sich der wichtigen, von mir zur Sprache gebrachten Angelegenheit annehmen.

Fr. W.

Aus Nr. 68 des Dziennik Poznański, Posen

vom 28. März 1904:

Das juristische Studium.

Unserer Jugend, die in diesem Monat die Gymnasialstudien absolviert, pflegt mit Unrecht Abneigung gegen das juristische Studium eingefloßt zu werden. Es hat sich die Legende gebildet, daß wir zu viel polnische Rechtsanwälte haben. Ich will mit Zahlen nachweisen, daß es im Großherzogtum an polnischen Rechtsanwälten mangelt.

Es kommen bei den Land- und Amtsgerichten im Landgerichtsbezirk

1. Posen	auf 51	Rechtsanwälte	18	Polen
2. Gnesen	" 18	"	7	"
3. Ostrowo	" 23	"	11	"
4. Bromberg	" 37	"	9	"
5. Lissa	" 17	"	4	"
6. Schneidemühl	" 22	"	1	"
7. Meseritz	" 13	"	2	"

Summa auf 181 Rechtsanwälte 52 Polen.

Obige Zusammenstellung zeigt, daß von den 181 Rechtsanwälten nur 52 Polen sind, und wenn wir zur

Bervollständigung noch die 9 am Oberlandesgericht arbeitenden Rechtsanwälte hinzufügen, von denen 4 Polen sind, dann bietet sich das Bild, daß wir zusammen nur 56 Rechtsanwälte, die Deutschen und Juden aber 135 haben. Von Überfüllung kann also nicht die Rede sein. Die Deutschen wenden sich, obgleich sie bei ihrer Niederlassung im Großherzogtum unverweilt das Notariat erhalten, ungern der Advokatur zu, da sie die Beamtenkarriere vorziehen, und der Zufluß an Juden wird mit der Zeit geringer, denn die Zahl der Juden sinkt, wie die jährliche Statistik jeder Stadt dartut, unausgesetzt. Ein fleißiger, seinen Beruf liebender Anwalt wird stets hinreichend Beschäftigung finden, und er kann der Volksgesamtheit wichtige Dienste leisten. Nicht abschrecken, sondern mit reinem Gewissen anregen soll man die jungen Leute, welche die entsprechenden Mittel haben, zum Rechtsstudium, denn nicht nur die Grenzgebiete, sondern auch unser Großherzogtum sollte doppelt so viel polnische Rechtsanwälte haben, als es gegenwärtig besitzt. A. K.

Aus Nr. 38 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 26. März 1904.

Das Osterfest

erfordert für gewöhnlich größere Einkäufe. Insbesondere beeilen sich unsere Damen vor dem Feste mit den Einkäufen, um in den Feiertagen würdig auftreten zu können. Daher machen wir unsere Damen darauf aufmerksam, daß es in der heutigen Zeit heilige Pflicht sei, bei den Seinen zu kaufen.

Es wird allgemein behauptet, daß die Frauen die Beschützerinnen der glühenden Vaterlandsliebe, die Priesterinnen der Nationalidee seien. Leider müssen wir mit schmerz erfüllttem Herzen bestätigen, daß hinsichtlich der Durchführung der Losung „Jeder zu dem Seinen!“ gerade die Frauen am meisten sündigen.

Wenn sich alle Polinnen die Losung „Jeder zu dem Seinen“ zu Herzen nehmen wollten, dann würden unsere wirtschaftlichen Grundpfeiler anders aussehen. Der polnische Handel und das polnische Handwerk würden sich um ein Bedeutendes heben; die fremde Konkurrenz könnte trotz der durch die Regierung in so reichem Maße über die Ostmarken ausgeschütteten Fonds für uns durchaus nicht gefährlich werden.

Polnische Mütter, denkt daran, daß angesichts der immer wieder auf unseren Glauben und auf unsere Nationalität herabfallenden Schläge es Euch nicht gestattet ist, fremde Kaufleute und Handwerker zu unterstützen, auch dürftet Ihr nicht zugeben, daß dies irgend jemand aus Eurer Familie tue. Die gegenwärtige Zeit vor dem Feste gibt Euch Gelegenheit, zu zeigen, daß Ihr nicht nur Polinnen dem Namen nach seid; beweiset es durch die Tat, daß es Euch in Wirklichkeit darum zu tun ist, Eure heiligsten Güter, den Glauben und die Sprache Eurer Väter zu verteidigen.

Vor allem fordern wir die Frauen der Wirte, welche in dieser Beziehung am meisten sündigen, auf, den sauer erworbenen Groschen ja nicht den Juden und Hakatisten hinzutragen, sondern alle Einkäufe bei den Ihrigen zu besorgen; dann werden sie sich mit dem Bewußtsein an den mit den geweihten Speisen reich bedeckten Tisch setzen können, daß sie ihre nationale Pflicht erfüllt haben.

In der Zeit vor dem Feste bitten wir der Losung zu gedenken:

„Jeder zu dem Seinen!“

Aus Nr. 73 des „Oređownik“ (Posen)
vom 30. März 1904:

Die Wahlfreiheit in Preußen.

Bei der Landtagswahl stimmte der Beamte der Landesverwaltung Trocha für die polnischen Wahlmänner; Wahlvorsteher war der Landessekretär Herr Klamke. Kurz nach der Wahl wurde Herr Trocha denunziert, man nahm ein Protokoll mit ihm auf, in welchem er zugeben mußte, Polen gewählt zu haben, und statt daß er die für dies Jahr ihm zufallende Gehaltserhöhung bekam, erhielt er die Entlassung mittelst folgenden Schreibens:

Posen O. 1, den 2. März 1904.

Der Landeshauptmann
der Provinz Posen.

J. Nr. 548/04 J. H. B.

Das Dienstverhältnis bei der diesseitigen Verwaltung wird Ihnen zum 31. März 1904 gekündigt.

gez. J. B. Roetel.

An

den Hilfskassisten, Herrn Trocha
hier.

Als Herr Trocha anfragte, aus welchen Gründen man ihm die Stelle gekündigt habe, erhielt er das nachstehende, sehr interessante Dokument:

Der Landeshauptmann
der Provinz Posen.

Posen O. 1, den 10. März 1904.

J. Nr. 704/04 J. H. B.

Auf Ihr Gesuch vom 3. d. Mts. erhalten Sie zum Bescheide, daß die Kündigung Ihres Dienstverhältnisses als Kanzleihilfe lediglich dem freien Ermessen Ihrer vorgesetzten Dienstbehörde vorbehalten war, und von derselben ausgesprochen worden ist, nachdem Ihr Verhalten bei der Landtagswahl am 12. November v. Js. durch die Angaben mehrerer anderer Beamten als ein aufrührerisches und mit den Pflichten eines Beamten in nationaler Beziehung nicht vereinbares festgestellt worden war.

gez. Dr. v. Dziembowski.
Gädke.

Seidenstücker.

An

den Hilfskassisten, Herrn Trocha
hier.

Herr Trocha war vor seinem Eintritt bei der Landesverwaltung in Posen 4 Jahre Beamter auf dem Landratsamt Obornik, und aus den uns vorgelegten Originalzeugnissen geht hervor, daß er sich durch musterhafte Führung und sehr großen Fleiß ausgezeichnet hat. Man hat ihn nur deshalb aus der Stellung gejagt, weil er nach den preussischen verfassungsmäßigen, jedem Bürger zustehenden Rechten gehandelt hat. So sieht die Wahlfreiheit in Preußen aus. Obige Dokumente überweisen wir der Nachwelt als Beitrag zur preussischen Geschichte im XX. Jahrhundert, und wir empfehlen sie speziell der Beachtung unserer Abgeordneten, indem wir auf Wunsch mit den Originalen dienen, die mit der eigenhändigen Unterschrift des Landeshauptmanns versehen sind.

Aus Nr. 79 des „Kuryer Poznański“ (Posen)
vom 7. April 1904:

Die Deutschkatholiken im Großherzogtum auf kirchlichem Gebiet.

In Adelnau fand, wie wir „via Goniec“ dem „Adelnauer Kreisblatt“ entnehmen, eine Generalversammlung der Deutschkatholiken statt. Sie war, wie der Berichtstatter des „Kreisblatts“ selbst betont, sehr wenig zahlreich besucht; dafür waren seines Erachtens die Verhandlungen sehr wichtig. Der Vor-

sitzende Steuersupernumerar Herr Thesing begrüßte die Versammelten. Als Versammlungslokal wurde das „Vereinshaus“ gewählt, und im Sommerhalbjahr sollen die Versammlungen bei schönem Wetter im Victoriagarten bei Herrn Hammerschmidt oder anderswo im Freien stattfinden, und zwar am zweiten Sonntag eines jeden Monats.

Der Hauptlehrer Herr Krabek erstattete sodann den Jahresbericht, in welchem er bedauerte, daß die Tätigkeit des Vereins infolge der schwachen Beteiligung der Mitglieder über den Rahmen leerer Wünsche nicht hinausgegangen sei. Daher gelte es, alle sich von der Vereinstätigkeit Fernhaltenden zu reger Tätigkeit und zur Teilnahme an der Vereinsarbeit anzuregen. Der Verein habe noch viele Gegner, welche kein rechtes Verständnis besäßen. (Wahrscheinlich für die Einführung germanisatorischer Bestrebungen in die Kirche. Red. d. Soniec.) Aber dieser Umstand hindere nicht, auf dem einmal betretenen Wege weiterzugehen, da die Überzeugung von der Notwendigkeit deutschkatholischer Vereine in den Ostmarken immer weitere Kreise ergreife.

Sodann stellte der Berichterstatter den Antrag, welche Schritte der Verein zu tun gedente, um deutsche Andachten wenigstens an den drei Hauptfesten zu erhalten. Es wurde beschlossen, sofort beim erzbischöflichen Konsistorium Schritte zu tun zwecks Einrichtung deutscher Andachten. Der Adelnau'er Verein schloß sich schließlich dem Verbands der deutschkatholischen Vereine mit dem Sitz in Inowrazlaw an.

Um unseren Lesern in dieser Hinsicht mit glaubwürdigen Mitteilungen zu dienen, welche als Grundlagen für die Beurteilung obiger Forderungen der Deutschkatholiken benutzt werden könnten, wandten wir uns sofort um Informationen nach Adelnau und wir erhielten von dorthier aus kompetenter Quelle nachstehende Angaben.

Der Verein der Deutschkatholiken bildete sich in Adelnau schon vor zwei Jahren auf die Anregung des im vorigen Jahre verstorbenen Schulinspektors Lepke, der angesichts der verschwindend kleinen Zahl der Deutschkatholiken in der Pfarochie Adelnau durch seinen Einfluß die polnischen Lehrer in den Verein hinein-zuziehen suchte. Die Deutschkatholiken in der Stadt sind an den Fingern heranzählen. Es gibt nicht mehr als 10 solche Familien, mitgerechnet diejenigen, deren Mitglieder überhaupt nicht zur Kirche gehen oder welche in ihrer Mehrheit Polen sind.

In der Pfarochie hingegen gibt es einige deutschkatholische Lehrer, welche die Regierung mit Vorbedacht dorthin sendet, um die Zahl der Deutschkatholiken zu vergrößern, auf die polnischen Lehrer aber hat nach der bewußten Richtung hin ein gewisser Schulrat großen Einfluß ausgeübt.

Bekannt ist hier folgender Fall. Ein Lehrer an der schlesischen Grenze bat um Versetzung. Da kam ein Regierungsrat zu ihm und fragte ihn: „Lieber Herr! Ihre Frau ist doch eine geborene Deutsche, sie heißt doch Wagner; demnach muß sie auch mit ihren Kindern deutsch sprechen!“ Der Lehrer bestritt das, und er sitzt noch jetzt auf der bisherigen Stelle. Hoch veranschlagt beträgt die Zahl der Deutschkatholiken und der polnischen Beamten, besonders aber der Lehrer, welche dem deutschkatholischen Verein beigetreten sind, nicht mehr als 80, was gegenüber der Gesamtzahl der Parochianen (11 000) der beste Kommentar für obige Forderungen des Vereins ist.

Von der geringen Zahl der hiesigen Deutschkatholiken zeugt schließlich die Tatsache, daß es in manchem Jahre deutsche Kinder beim Beichtunterricht überhaupt nicht gibt, obgleich man auch in dieser Hinsicht die Lehrer dahin beeinflusst hat, ihre Kinder als Deutsche in die deutsche Abteilung zu schicken.

Aus Nr. 74 des „Dziennik Poznański“ (Posen)
vom 31. März 1904:

Zum Bismarckdenkmal.

Man fragt aus der Kempen'er Gegend bei uns an, ob ein Pole überhaupt und ein Priester im Besonderen aus irgend welchen Rücksichten einen Beitrag zu einem Denkmal für den Mann spenden darf, der die Maizeseke geschaffen, den Kulturkampf hervorgerufen, die Ansiedlungskommission gebildet und den Hafatismus wachgerufen hat?

Wir antworten klar, daß wir dies als eine arge Verkehrtheit ansehen, die der positiven Tätigkeit eines wahren Polen und Priesters absolut nicht zu Gesichte steht. Mit Rücksicht auf seine Verdienste schonen wir den jungen Priester, wir wundern uns aber, daß er hingeht, wo er unnötig ist, wenn er seinem civilen Mut nicht trauen kann.

Selbst in deutschen Kreisen ruft diese Angelegenheit keine große Begeisterung hervor.

So hat in Grätz eine ähnliche Versammlung mit begeisterten Reden stattgefunden, — aber die Beitragspende belief sich nur auf 33,80 M., und in dem Bericht des Kreisorgans wird dem Bedauern darüber Ausdruck verliehen, daß die Beteiligung aus den höheren Kreisen von Grätz eine sehr geringe war. Das ist für uns ein gutes Beispiel.

Aus Nr. 72 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 29. März 1904.

Die polnische Sprache in der Schule.

Schroda, 27. März.

Den Bürgern der Stadt Schroda, sowie überhaupt allen Eltern und Vormündern bringen wir in Erinnerung, daß in den in dieser Woche beginnenden Osterferien bei dem Rektor der katholischen Schule die Kinder für den polnischen Unterricht anzumelden sind. Soviel wir wissen, haben die im vorigen Jahre sowohl vom Herrn Pfarrer Dr. v. Szadzewski als auch vom Schulvorstande getanen Schritte nicht den erwünschten Erfolg gehabt. Obgleich von seiten der hiesigen Schulbehörde versprochen worden ist, daß der polnische Unterricht nach ziemlich langer Unterbrechung wieder erteilt werden, ist dies Versprechen bisher nicht eingelöst worden. Man soll sich damit gedeckt haben, daß Anmeldungen für den polnischen Unterricht nicht eingegangen seien. Wenn dies wahr ist, dann ist es sehr traurig.

Es ist also Pflicht der Eltern, die Kinder für den polnischen Unterricht anzumelden, und ferner sollte der Schulvorstand beim Schulinspektor dahin vorstellig werden, daß der polnische Schreib-Leseunterricht nach Ostern mit Beginn des neuen Schuljahres wiederum erteilt werde, denn der einschlägige Ministerialerlaß gibt uns dazu das Recht.

Aus Nr. 69 des Oredownik (Posen)
vom 24. März 1904.

Geheimhaltung der Wahlen.

Kurnik, 22. März.

Kluge Leute haben sich nicht wenig den Kopf zerbrochen, um ein untrügliches Mittel zu erfinden, die Freiheit und das Geheimnis der Wahl zu sichern, und sie erfanden: Kuverts für die Stimmzettel, besondere Zimmerchen, sogenannte Kiojettz, Vorhänge, Tischchen, sodann Paragraphen, worin der auf die Untergebenen ausgeübte Druck und jede Art Übergriffe bei den Wahlen mit Strafe bedroht wurde.

Zum Beweise dafür, welcher Ansicht man auf gewisser Seite bezüglich dieser Wahlfreiheit ist und wie man die Strafparagraphen achtet, möge die Tatsache dienen, daß hier in Kurnik bei der Feststellung des Wahlergebnisses 7 auf v. Günther-Grzybno lautende Zettel gefunden wurden, die auf der Rückseite die Namen derjenigen enthielten, für welche sie bestimmt waren. Diese Namen lauten: Schaedler, Krause, Kubiak, Glens, Fabian, sämtlich Briefträger auf dem hiesigen Postamt, ferner Zewasinski (Kämmerer) und Pohl (Polizeibeamter). Selbstverständlich wurden die Zettel als ungültig angesehen, versiegelt und zusammen mit dem Wahlprotokoll dem Landrat eingereicht. Man vergewaltigte sich die Verlegenheit des Urhebers dieses Übergriffs! Statt die Zahl der für v. Günther abgegebenen Stimmen zu vermehren, hat er sie verringert, nun, aber die Kontrolle über die „freie“ Wahl ist vorzüglich gelungen.

Dieser Übergriff darf nicht straflos hingehen. Der Drendownit möge raten, wer gegen diese Rechtswidrigkeit aufzutreten hat und gegen wen! Ich meinerseits empfehle die Sache unserm neugewählten Abgeordneten Herrn Alfred v. Chlapowski, mit der Bitte, daß er sich mit diesem Vorfall befaßt — handelte es sich doch hier gerade um ihn! Für die Zukunft erwächst hieraus für uns die Lehre, bei Prüfung der Stimmzettel auf deren Rückseite zu achten und die Gültigkeit eines jeden anzuzweifeln, der auch nur durch ein Pünktchen gekennzeichnet ist.

Aus Nr. 69 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 24. März 1904.

Aus Bolkstein

schreibt man uns:

Auf Betreiben des Vikars Rosenberg wurde in unserer Kirche eingeführt, daß die Schulkinder während der Frühmesse sangen. Dieser Gesang mißfiel den Deutschkatholiken, die sich schon vorher darüber geärgert hatten, daß man ihnen die Vermehrung der Zahl der deutschen Andachten abgeschlagen hatte. Die Zahl dieser Andachten ist an und für sich schon zu groß, wenn man die kleine Zahl der Deutschkatholiken in Betracht zieht. Man dankte ihnen auch schon für ihre Bereitschaft, bei der Erteilung deutschen Gesangsunterrichts behülflich zu sein. Sie sorgten auch dafür, daß der evangelische Schulinspektor in Sachen des Singens der Kinder in der Kirche einschritt. Er untersagte den Kindern, zu den Übungen im Kirchengesange zu gehen. Die Lehrer befahlen in der Schule, diejenigen Kinder sollten aufstehen, welche zum Singen gingen. Es standen fast alle Kinder auf. Man untersagte ihnen, zum Singen zu gehen und kündigte ihnen an, daß die Kinder, welche trotzdem hingehen würden, zwei Jahre länger würden zur Schule gehen müssen.

Der Organist ist ebenfalls in Sachen dieses Gesanges zweimal vor den Bürgermeister geladen worden. Dieser untersagte ihm, die Kinder im Singen zu unterrichten. Darauf erwiderte der Herr Organist, er lebe von der Kirche, müsse also der Kirche dienen.

Diese Verbote haben unter den polnischen Parochianen große Erbitterung hervorgerufen. Vielleicht fragen unsere Abgeordneten bei sich bietender Gelegenheit im Landtage den Herrn Minister, ob er weiß, daß man den polnischen Kindern verbietet, am Kirchengesange teilzunehmen, ob er derartige Verbote billigt und ob er in diese Sache nicht Einblick nehmen will.

Aus Nr. 70 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 25. März 1904:

Betrifft Lubasz.

Die „Tägl. Rundschau“ brachte in ihrer Nummer vom 8. März nachstehendes Elaborat:

„Aus Czarnikau schreibt man uns: Geradezu ein Herd der großpolnischen Agitation ist das im hiesigen Kreise belegene Dorf Lubasz, das ursprünglich von deutschen Kolonisten gegründet worden ist. Die Gründer der dortigen Schützengilde waren ausschließlich Deutsche, während der Verein gegenwärtig über 100 nur polnisch sprechende Mitglieder zählt. In letzter Zeit bildete sich dort ein Männergesangsverein, ebenso ist vor kurzem ein polnischer Arbeiterverein neben einem polnischen Gesellenverein gegründet worden. Dabei zählt das Dorf nicht einmal 1000 Einwohner. Angesichts solcher Bestrebungen müßte man rufen: „Deutsche, haltet zusammen, denn die Zeiten sind ernst!“ Leider herrscht unter den wenigen in Lubasz wohnenden Deutschen keine Einigkeit, so daß die polnische Propaganda sich immer mehr ausbreitet.“

Die geehrte Redaktion bitte ich, die Übersetzung dieser von Czarnikau aus an die „Tägl. Rundschau“ gerichteten Zuschrift aufzunehmen, damit möglichst breite Kreise erfahren, wie schöne Früchte in unsere Nordmarken der unaufhörlich geschürte Haß züchtet. Ich brauche nicht zu bemerken, daß die in der „Tägl. Rundschau“ entworfene Schilderung mit der Wahrheit nicht übereinstimmt; es scheint mir jedoch, daß es sich verlohnt, der Neugierde halber festzustellen, was darin übertrieben ist.

Daß die uralte Lubasz'er Ansiedelung, deren slawischen Charakter uralte Ausgrabungen hinlänglich feststellen können, den Deutschen die Schreibweise „Lubasz“ verdankt, ist eine unwiderlegbare Tatsache. Diese hat sich vor einigen Jahren im Interesse der Verkehrsverhältnisse ereignet und ihre Folgeerscheinung ist, daß oft Post- und Bahnsendungen mit bedeutender Verspätung in die Hände des Adressaten gelangen. Der einzige Trost ist dann, daß man ebenso oft Sendungen erhält, die nach anderen Ortschaften mit ähnlichem, gleichfalls mit dem Endlaut „sch“ versehenen Namen adressiert sind. Man kann nur annehmen, daß der Korrespondent der „Tägl. Rundschau“ auf jene Umtaufe von Lubasz und auf die hierdurch erreichten kulturellen Meliorationen so großen Wert legt, daß erst seit jenem Moment das Entstehen von Lubasz als wahre Ansiedelung herdatiert.

Inwieweit die Gründer der Schützengilde Deutsche gewesen sind, das beweist die Tatsache, daß von dreien der Gründer, die sich bisher der besten Gesundheit erfreuen, sich zwei als Polen von Geburt ansehen, während der dritte Jude ist. Bei Gründung des Vereins traten unter 49 Mitgliedern 42 Polen, 4 Juden und 3 Deutsche bei. Die Zahl der Mitglieder hat sich seit der Gründung um 4 verringert, so daß sie jetzt 45 beträgt.

In dem, wie die „Tägl. Rundschau“ behauptet, „ausschließlich polnischen“ katholischen Gesangsverein ist der Dirigent ein Deutscher.

Ein polnischer Gesellenverein existiert überhaupt nicht, und der im vorigen Monate gegründete Arbeiterverein hat den Zweck, die Sittlichkeit zu heben und besonders die Trunksucht zu bekämpfen. Er bedroht mithin zwar die Existenz der polnischen Spiritusproduzenten, sowie die der polnischen Schenken doch im gleichen Maße die Existenz der deutschen Gasthofbesitzer. Soweit hat der Korrespondent der „Tägl. Rundschau“ recht, wenn er ruft „Videant consules!“

Zum Schluß bemerke ich, daß die Ansiedelung Lubasz 1201 Einwohner zählt, und die Parochie Lubasz, welche jenen fürchterlichen Vereinen die Mitglieder liefert, 8203 Seelen hat.

Aus Nr. 40 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 31. März 1904:

Ein seltenes Beispiel von Solidarität bei der Rettung eines Landbesitzes gaben die Wirte in Borowo bei Czempin.

Der Eigentümer Sz. wollte seine Wirtschaft einem Deutschen bzw. einem Juden verkaufen. Als dies die anderen Wirte erfuhren, taten sie sich zusammen, kauften gemeinsam die Wirtschaft des Herrn Sz. und parzellierten sie unter sich. Auf diese Weise ist also ein Stück polnischen Bodens gerettet worden. Ehre den schätzbaren Wirten!

Der genannte Wirt Sz. kaufte in Zabno-Haule eine 95 Morgen große Wirtschaft von einem Deutschen.

Aus Nr. 12 der Praca (Posen)
vom 20. März 1904:

Janikowo (Kujawien), den 18. Februar.

Geehrte Redaktion!

Nach einer kurzen Schilderung der Verhältnisse des Janikowower polnischen Arbeitervereins führt der Berichterstatter folgendes aus:

Die hiesigen Handwerker, zumal diejenigen, welche in der hiesigen Zuckerfabrik beschäftigt sind, halten sich merkwürdigerweise von unserem „Vereine“ zurück, die Vergnügungen besuchen sie überhaupt nicht, weil, wie behauptet wird, „diese Dorfweiber ihren Frauen die Kleider beflecken und weil die Dorfbevölkerung überhaupt keinen Schluß befaßt.“ Dagegen stellen sie sich zu den Festlichkeiten des Kriegervereins vollzählig ein!

Dorthin, wohin unsere polnischen Gefühle verspottet zu werden pflegen, — gehen sie. Es hat sich im verflossenen Jahre ereignet, daß ein Theaterstück gespielt wurde, welches alles Polnische verunglimpft, als aber ein Herr ein Krakauer Tanzstück spielen ließ, haben alle deutschen Kameraden das Lokal verlassen. Und dennoch schmeicheln sie ihnen, denn, wie sich eine Frau aus der sogenannten niedrigeren Intelligenz ausdrückte, denn „erst dort könne sich der Mensch amüsieren, nicht aber unter unseren Arbeitern!!!“

Indes kann ich dreist behaupten, „daß unsere Arbeiter hinsichtlich des Selbstbewußtseins himmelweit höher stehen als die Handwerker, weil unser Arbeiter-volk mehr selbständig ist.

Es läßt sich nicht verhöhnen, es kriecht nicht vor unseren Erbfeinden. So dürfen z. B. manche Herren die Praca nicht halten, um die Deutschen nicht zu reizen usw.

So etwas gibt es unter uns Arbeiter nicht.

Unser Arbeiter hält das Blatt, welches ihm beliebt, denn seine Überzeugung läßt er sich nicht rauben. (Bravo! Anm. d. Red.)

Am Schluß meiner kurzen Ausführung appelliere ich an alle Stände: Wem das Wohl des „Vereins“ oder vielmehr unserer Volksgesamtheit am Herzen liegt, der befaßt sich mit den Angelegenheiten unseres Vereins. Wir sehen, wie Schlag auf Schlag unsere Volksgesamtheit trifft, und wir sollen ratlos dastehen? —

Unser aller Augen sind dort gen Westen gerichtet, bald wird in uns einer furchtbarer Blitzstrahl der Ungerechtigkeit niederfahren. Daß uns nur dieser neue Schlag nicht bewußtlos anträfe, damit wir uns keine Vorwürfe zu machen brauchten, wenn es schon zu spät sein wird. Drum, Brüder und Landsleute, Schulter an Schulter! Vereinigen wir uns alle Stände insgesamt, wer mehr Bildung besitzt, der teile sie mit dem andern, der weniger besitzt; zersplittern wir unsere arme Gesellschaft nicht in verschiedene Klassen, sondern stehen wir fest in geschlossener Reihe und brüderlicher Liebe, und kein Schlag, selbst der furchtbarste, wird uns etwas anhaben können oder schwer zu ertragen sein, wie Frau M. während des letzten Vergnügens gesagt hat:

Liebe hilft uns Lasten tragen,
Und zum Siege verleiht sie uns Glauben,
Liebe erquickt mit Hoffnung unsere Herzen,
Und unablässig lehrt sie uns, daß es besser sein wird.

Ein treuer Abonnent der Praca, ein kujawischer Arbeiter.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 4 der Odczyty dla towarzystw polskich (Vorträge für polnische Vereine) (Thorn und Bochum)
für April 1904:

Von den bürgerlichen Pflichten!

Ich bin das Vaterland und es genügt nicht,
Daß Du Dich meinen Sohn nennst,
Du sollst Dich mir ganz und gar weihen
Und Dich nicht durch eine böse Tat besudeln;
Wenn ich Dich in meiner Bedrängnis
rufe,

Zur gemeinsamen Arbeit mit den
Brüdern,

Dann möge ein anderer dem Gewinne nachlaufen,
Deine Belohnung sind Deine Tugenden.
Auch nach Deinem besten Werke,
Halte Dich immer für gering;

Denke nicht daran, was Du schon vieles für
mich getan hast,
Sondern daran, was Dir noch zu tun
übrig geblieben ist.

Diese Verse hat Karpinski (+ 1825) geschrieben, derselbe, welcher die uns allen bekannte Lieder geschrieben hat: „Kiedy ranne wstają zorze“ (Wenn die Morgenröte aufsteigt) und „Wszystkie nasze dzienne sprawy“ (Unser ganzes Tagewerk).

Wir sollen dem Vaterlande nicht des Gewinnes und Lobes wegen dienen, sondern aus reiner Liebe zu ihm. Und wenn Du sehr viel getan hättest und wenn Du die größten Opfer gebracht hättest, so sollst Du immer daran denken, daß Du nur das getan hast, wozu Du verpflichtet warst und daß Dir noch viel zu tun übrig geblieben ist.

Der General Desiderius v. Chlapowski hat diese Verse seiner Familie zu lernen befohlen; jedes Kind mußte sie auswendig wissen.

Gut wäre es, wenn auch wir diese Verse kennen und was am wichtigsten wäre, daß wir nach ihnen unsere Verdienste messen würden.

Aus Nr. 4 der Odczyty dla towarzystw polskich
(Vorträge für polnische Vereine) (Thorn und Bochum)
für April 1904:

Wo ist mein Vaterland?

(Swiatopulk von Danzig.)

Du fragst, wo mein Vaterland sei?
Dort, wo im Schatten uralter Bäume
Ein weiß getünchtes Häuschen steht,
Wo die Biene summend schwärmt,
Wo ich unter herzigen Menschen
Meine Jugendzeit verlebt habe,
Dort, ja dort ist mein Vaterland;
Wer es kennt, der beneidet mich darum.

Du fragst, wo mein Vaterland sei?
Wo die Teppiche der grünen Felder
Vom silbernen Bächlein durchschnitten werden,
Wo, den Schweiß vom Antlitz wischend
Diejenigen gearbeitet haben,
Welche mein Herz aufrichtig geliebt hat,
Dort, ja dort ist mein Vaterland;
Es geziemt sich, seiner in Ehre zu gedenken.

Du fragst, wo mein Vaterland sei?
Wo die silbernen Wellenkämme der Ostsee
Ihr Brausen mit dem Geflüster der Wälder
vermengen;

Dort klagt während der langen Abende
Das Volk der Kaschuben, das geliebte Volk,
Über sein hartes Loß,
Dort, ja dort ist mein Vaterland,
Dort ist mir alles lieb und teuer.

Du fragst, wo mein Vaterland sei?
Dort, wo sich erhebend in das Blau des Himmels,
Kreiset schnell ein **weißer Vogel**,
Von den *) porohów (Stromschnellen aus dem

Russ.) bis über unser Land
Und über den Gipfeln des Tatragebirges,
Wo ein treues, wackeres und mutiges Volk lebt,
Dort, ja dort ist mein Vaterland;
Ihm weihe ich mein ganzes Dasein!

Du fragst, wo mein Vaterland sei?
Von den schneeigen Alpen bis hinter den Balkan,
Von der Ostsee bis zum schwarzen Meere,
Wo das Volk der Tugend, der Herrlichkeit, der
Tat,

Wo das bedrückte slawische Volk
Den Lebensfaden in Betrübnis spinnt,
Dort, ja dort ist mein Vaterland;
Mein Herz hat Wohlgefallen an ihm.

Ich liebe dich, mein Vaterland!
Ich liebe die Väter, die Häuser, die Ackerfluren,
Ich liebe aufrichtig das Land der Westwinen,
Die Länder der Pflaumen und Giediminen,
Ich liebe euch, slawische Brüder!
Ich liebe das Land des Marmoten!
Dich zu lieben, mein Vaterland,
Ist Pflicht und Tugend zugleich.

*) Gefährliche Klippenstellen im Dniepr in der Nähe
von Kiew. — D. Übers.

Aus Nr. 35 des Pielgrzym (Pielgrim)

vom 22. März 1904:

Der Protestantismus sowie das Schisma und wir katholische Polen.

II.

Das Schisma hat im russischen Anteile Millionen von katholischen Uniten verschlungen, denn der Kampf mit ihnen war leichter, als mit dem lateinischen Katholizismus, welcher bei der hl. Liturgie die lateinische Sprache gebraucht und durch seinen Sprachunterschied der schismatischen Sabgier einen starken Damm setzt. Schon der Kaiser Nikolaus I. kannte diese Waffe, mit welcher die polnischen Katholiken die auf sie seitens des Schisma gerichteten Schläge abwehren können. Darum pflegte er auch zu sagen, daß sobald es ihm gelingen sollte, das ihm verhasste „Dominus vobiscum“ — der Herr sei mit euch — zu ersticken, dann würde er auch die Merkmale vernichten können, welche die Polen von den Russen unterscheiden, dann würde er ihre Muttersprache, ihre Gewohnheiten und Sitten und im allgemeinen die ganze polnische Nationalität vernichten können. Den Plan Nikolaus I. haben die russischen Ausrotter der polnischen Nationalität auf spätere Zeiten verlegt, während sie vorläufig ein Gesetz schmiedet haben, wonach ein katholischer Pole, welcher sich mit einer Schismatikerin verheiratet, seine Kinder in der Schisma-„Zerkiew“ (Kirche — aus dem Russ. — D. Übers.) erziehen muß. Dasselbe Gesetz zwingt Mischehen zur Erziehung der Kinder im Schisma, wenn ein Schismatiker eine katholische Polin zur Frau nimmt.

Die protestantische Sabgier hat sich das Schisma mit dem Unterschiede zum Vorbilde genommen, daß in dem Staate des Gesetzes auch alles geßesgemäß geschehen muß, damit nicht gesagt werden könnte, die Zivilisation trete das Gesetz mit Füßen, und die protestantischen Leuchten gebrauchten Gewaltmaßregeln und verschlangen die katholischen Opfer durch Übermacht. Der protestantische Gustav-Adolf-Verein verwirft die moskowitischen Ragajken (eine kurzzeitliche Kosakenpeitsche, deren Ende in eine Bleikugel ausläuft. — D. Übers.), mit denen das Schisma die Uniten in die schismatische Zerkiew (Kirche) getrieben hat. Der Gustav-Adolf-Verein zieht die Katholiken nicht mit Gewalt in seine Kirchen, aber er fordert seine Getreuen mit warmen Worten zu Sammlungen für die Verbreitung des Protestantismus auf, er fordert sie zu Opfern für evangelische Kirchenbauten inmitten der katholisch-polnischen Bevölkerung auf.

Der Gustav-Adolf-Verein kämpft angeblich im Namen der Zivilisation, denn durch den Mund seiner Mitglieder bemitleidet er die Verblendung und Verdummung derjenigen, die mit der Seele und mit dem Herzen den Glauben ihrer Väter lieben; er will sie aufklären, ihnen die wirkliche Aufklärung bringen und „sie von den Ketten des abergläubigen Katholizismus befreien.“

Mit diesen laut tönenden und tauben Müssen ähnlichen hohlen Phrasen führt der Gustav-Adolf-Verein einen Kampf mit dem deutschen, aber noch mehr mit dem polnischen Katholizismus.

Die Deutschkatholiken verstehen sich zu verteidigen und sie haben schon mehr als einmal diese Großmäule (gembacz) der protestantischen Sabgier überwunden, wie z. B. den Herrn Pastor Thimmell, welcher wegen Verleumdung der katholischen Kirche und ihrer Gläubigen durch gerichtliches Erkenntnis verurteilt, eine Gefängnisstrafe abbüßen mußte.

Aus Nr. 38 des Przyjaciół (Thorn)

vom 29. März 1904:

Für eine polnische Familie,

deren Vater aus Anlaß der Wahlen eine empfindliche Strafe erlitten hat, sind bei uns 2 Mk. eingegangen — bis jetzt sind zusammen 16 Mk. eingegangen. — Wir bitten um weitere Gaben.

Aus Nr. 13 des Przyjaciół Dzieci (Kinderfreund)
(Beilage des Pielgrzym Nr. 37 (Pielplin))

vom 29. März 1904:

Dem polnischen Kinde.

Kleines Kindchen! an den Knien Deiner Mutter
Lerne das Gebet in Deiner Muttersprache,
Denn über Dir befinden sich unsichtbare Zeugen,
Aus dem Himmelsblau schauen auf Dich die Väter
herab.

Sie hätten sogar keine Ruhe im Himmel,
Wenn sie ein Gebet in unbekannter Sprache hören
würden;

**Sie würden Dich dort für immer verleugnen
Und beim Herrn über Dich Klage führen.**

Gedenke Kind, daß Du schon im irdischen Leben
Dieses Kleinod allein aus den Händen Gottes
erhalten hast;

Rein gib es Deiner Mutter, dem Vaterlande wieder
zurück,

**Stirb lieber, als daß Du es Dir aus dem
Herzen reißen ließeist.**

O, mein Kind! Lerne aus dem polnischen Buche,
Die Buchstaben zusammenzufügen in freien
Augenblicken,

Seiest Du im geschmückten Gewande, oder im
einfachen Rocke,
Verstehe die Sprache, welche Deine Großväter
gesprochen haben.

Verstehe und liebe über alle Schönheiten
Die Dir im verführerischen Glanze leuchten,
Liebe die Andenken der vergangenen Größe,
Die Gräber Deiner Brüder und die Schätze
Deines Landes.

Möge Dir das liebste Vergnügen sein,
Erzählungen zu hören von den früheren Taten,
Von diesen mit unübertroffenem Ruhm bedeckten
Tagen der Freude — des Stolzes und des
Schmerzes.

O, mein Kind, wenn Dein Herz
Die Vaterlandsliebe zeitlebens bewahren wird,
Dann wird trotz der Hindernisse von neuem
**Unsere harmonische Sprache ertönen, soweit
die Welt reicht.**

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 72 des Górnosłazak (Kattowitz)

vom 29. März 1904:

Erklärung.

In Nummer 281 des Górnosłazak vom 10. Dezember v. Js. haben wir einen Artikel aus dem Przegląd katolicki abgedruckt, der eine schwere, mit der Wahrheit sich nicht vereinbarende Beleidigung Sr. Eminenz des Herrn Kardinals Ropp enthielt. Den Artikel haben wir mit einem Zusatz versehen, der unserer Meinung nach hervorheben sollte, daß wir die

Behauptungen in dem Artikel, so weit sie Se. Eminenz betreffen, nicht teilen. Wir geben zu, daß wir unsere Ansichten nicht genau genug klargelegt haben. Wir bedauern, daß hierdurch Mißverständnisse entstanden sind, die geeignet waren die Ehre Seiner Eminenz zu verletzen.

Die Redaktion.

Aus Nr. 76 des Górnosłazak (Kattowitz)

vom 3. April 1904:

Erklärung.

In Nummer 256 des Górnosłazak vom 8. November 1903 haben wir einen Artikel gebracht, in dem die Behauptung aufgestellt war, daß die ober-schlesischen Geistlichen bei der Bewerbung um eine Propstei seit etwa 15 Jahren sich einer Prüfung durch die Staatsbehörden hinsichtlich ihrer politischen Gesinnung unterziehen müssen.

Auf Grund des bei den Untersuchungsakten sich befindenden Materials erklären wir,
daß wir uns überzeugt haben, daß zwischen Seiner Eminenz dem Herrn Kardinal Ropp und den kirchlichen Behörden einerseits und der preußischen Regierung andererseits keine Vereinbarung besteht, keine gegenseitige Verständigung erfolgt, sowie auch kein gegenseitig verabredetes Mittel gebraucht wird, auf Grund deren die um eine Propstei sich bemühen-den Geistlichen einer Prüfung hinsichtlich ihrer politischen Gesinnung oder hinsichtlich ihrer Mitarbeit in der Germanisierung des polnischen Volkes sich unterziehen müßten.

Die Redaktion.

Aus Nr. 72 des Dziennik Śląski (Beuthen D./S.)

vom 29. März 1904:

Petition

**an die Gemeinde-, Stadt- und Kreis-Verwal-
tungen um Einführung von Arbeitsnach-
weisbureaus.**

Der Reichsverfassung entsprechend und mit Rück-sicht auf die im Reichstage wiederholt gegebenen Fin-gerzeige empfahl das Ministerium den Gemeinden die Einführung von Arbeitsnachweisbureaus. Trotzdem sind solche Bureaus bisher nur in einer geringen An-zahl von Fällen errichtet worden, obwohl der Um-stand, daß in jeder über 20 Tausend Seelen zählenden Gemeinde ein Gewerbegericht errichtet werden soll, auf die Notwendigkeit der Errichtung von Arbeitsver-mittelungsbureaus hinweist. Schon das Gewerbe-gericht hat nach den Bestimmungen das Recht den Antrag auf Errichtung von Arbeitsvermittlungsbu-reaus zu stellen. Solche Bureaus sind nicht nur für Arbeiter aller Berufs-zweige, sondern auch für Gehülfen, für Arbeiterinnen und für Dienstmädchen erforderlich, um dem Mißbrauch der verschiedenen Privatbureaus zu begegnen, die häufig die Stellung suchenden Personen mit Rücksicht auf ihre schlechte materielle Lage oder infolge Unkenntnis der Ver-hältnisse und infolge Unkenntnis der gesetzlichen Be-stimmungen aussaugen. Das Zusammengedrängtein großer Arbeitermassen in verhältnismäßig kleinen Ortschaften, wie dies in den Land- und Stadtgemeinden Oberschlesiens beim Industrieaufschwunge der Fall ist, weist geradezu auf die Notwendigkeit der Errichtung von Arbeitsnachweisbureaus für diese vielen Tausend Arbeiter hin. Außerdem muß man beachten, daß Ober-schlesien Grenzland und daher der Gefahr des Mädchenhandels mehr ausgesetzt ist, wie ein anderer

Teil des Landes. Ferner verdient auch der Umstand Beachtung, daß die Privatvermittlungsbureaus hauptsächlich dazu beitragen, daß große Scharen Arbeiter, Arbeiterinnen und insbesondere Dienstmädchen infolge verlockender und verführerischer Versprechungen ihren Heimatsort verlassen, wodurch hier ein Mangel an Arbeitern, Arbeiterinnen und Dienstmädchen hervorgerufen wird und daß ferner durch Unfall, Krankheit oder aus Anlaß moralischen Falles vorzeitige Arbeitsunfähigkeit und den Gemeinden erheblicher Kostenaufwand entsteht. Die an manchen Orten durch verschiedene Privatvereine unterhaltenen Arbeitsnachweissbureaus können als geeignete Einrichtungen für die Gesamtheit nicht betrachtet werden, denn es ist klar, daß solche Bureaus weder in Händen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, noch in Händen von politischen Parteien oder Vereinen sein können. Es ist Aufgabe der Gesamtheit und Pflicht der Gemeinden, Arbeitsnachweissbureaus als kommunale Institute einzurichten und zu ihrer Verwaltung einen aus der gleichen Zahl Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich zusammensetzenden und in geheimer Wahl wählbaren Aufsichtsrat einzusetzen.

Als Vertreter der größten Arbeiterorganisation in Oberschlesien unterbreiten wir der Wohlwollenden Gemeinde die vorstehende Bitte um schnellste Einführung eines Arbeitsnachweissbureaus.

Der Vorstand

des Verbandes zur gegenseitigen Hilfe der christlichen Arbeiter Oberschlesiens in Beuthen.

Aus Nr. 73 des Górnosłazak (Kattowitz)

vom 30. März 1904:

Petition an den preussischen Landtag in der Angelegenheit der Bergwerks-Knappschaften.

Schon früher gingen dem hohen Hause von Seiten der christlichen Arbeiterverbände Petitionen und Anträge in Angelegenheiten der Verbesserung der gesetzlichen Vorschriften über die Bergwerksknappschaften (Bruderschaftskassen) zu.

Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Beratungen der neuen Bestimmungen zu Titel VII des allgemeinen preussischen Berggesetzes überreichen wir hiermit nochmals eine kurze Zusammenstellung unserer Forderungen.

Mit unseren Petitionen bemühen wir uns um folgendes:

1. Gesetzliche Festlegung der Gründung eines Kartells aller Bergwerkskassen für ganz Preußen auf die Weise, daß den Mitgliedern einer Knappschaft, die die Arbeit im Bezirk einer anderen Knappschaft aufnehmen, ohne Rücksicht auf ihr Alter die Erlangung der Mitgliedschaft in der letzten Knappschaft unter Inrechnung der Mitgliedsjahre in der früheren Knappschaft möglich ist.

2. Jeder in einem Bergwerk, das zu einer Bergwerks-Knappschaftskasse gehört, beschäftigte Arbeiter wird nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres nicht nur Mitglied der Krankenkasse sondern auch der Invaliditätskasse.

Die Beiträge für die Invaliditätskasse werden für die Arbeiter und die Arbeitgeber gleiche sein.

Die derzeitig minder berechtigten Mitglieder werden ebenfalls vorzugsberechtigte Mitglieder von jenem Zeitpunkt ab, an dem dieses Gesetz in Kraft tritt, und die Jahre, in denen sie Beiträge als minder berechtigte Mitglieder geleistet haben, werden bei Festsetzung der Invalidenrente so berechnet, als ob sie vorzugsberechtigte Mitglieder gewesen wären.

Die in einem Bergwerk, das einer Knappschaftskasse angehört, in Arbeit tretenden Arbeiter in einem Alter von mehr als 30 Jahren, zahlen die Beiträge seit Vollendung des 30. Lebensjahres nach.

Die nachgezählten Beiträge werden bei Festsetzung der Invaliditätsrente berechnet.

3. Die Knappschaftsältesten sollen aus den volljährigen Mitgliedern der Knappschaftskasse und zwar aus den aktiven wie aus den passiven (d. h. aus den Arbeitern sowohl wie aus den Invaliden) gewählt werden in geheimer unmittelbarer Wahl.

4. Die auf diese Weise gewählten Knappschaftsältesten dürfen so lange nicht aus der Arbeit entlassen werden, so lange sie das Amt des Knappschaftsältesten versehen.

Sollte der Arbeitgeber einen Grund zur Entlassung eines Knappschaftsältesten nach den Bestimmungen des § 82 des Gesetzes vom 24. Juni 1902 über die Änderung des allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865, Ziffern 1, 2, 4 u. 6, zu haben glauben, so muß er die Angelegenheit dem zuständigen Bergwerks-gewerbegericht unterbreiten.

Beiden Teilen steht hinsichtlich dieser Entscheidung in jedem Falle das Recht der Berufung an das Landgericht zu.

Sollte der Arbeiter den Prozeß verlieren, so trägt die Prozeßkosten der bei jedem Bergwerke aus den Strafen in dem betreffende Erwerbszweige gegründete Fonds.

5. Freie Arztwahl mindestens für die Familienmitglieder und die Revierkranken.

6. Das Recht auf Altersrente für diejenigen Arbeiter, die der Kasse seit der Großjährigkeit 25 Jahre angehört haben.

Diejenige Zeit, die das Mitglied zur Absolvierung der Militärdienstpflicht gebraucht hat, wird bei Berechnung der Invaliditätsrente als Mitgliedszeit angerechnet.

Dagegen wird aber bei Berechnung der Invaliditätsrente nicht diejenige Zeit berechnet, die ein Mitglied als Freiwilliger (Kapitulant) gedient hat.

7. Die Invalidität im Sinne des Gesetzes beginnt dann, wenn der Arbeiter nicht im Stande ist, sich in seinem Berufe die Hälfte seines bisherigen Lohnes zu verdienen.

8. Zur Erledigung aller aus diesem Gesetz sich ergebenden Streitigkeiten soll für je ein Oberbergwerksbezirk ein Schiedsgericht errichtet und ein höheres Schiedsgericht in Berlin eingesetzt werden. Die Hälfte der Schöffen für diese Gerichte wählt die Generalversammlung der Knappschaftsmitglieder aus den Knappschaftsältesten.

9. Alle Viertel- und Halbjahre gibt die Knappschaftskasse den Kontoabschluß bekannt, indem sie diesen den Knappschaftsältesten zustellt und Abschriften dort aufhängt, wo gewöhnlich die amtlichen u. Benachrichtigungen für die Arbeiter ausgehängen werden.

Der Vorstand

des Verbandes zur gegenseitigen Hilfe der christlichen Bergarbeiter in Beuthen.

Aus Nr. 76 des Dziennik Śląski (Beuthen D.-S.)

vom 3. April 1904.

Kattowitz.

Eine Baugenossenschaft, Vereinigung mit beschränkter Haftpflicht, ist in das gerichtliche Genossenschaftsregister eingetragen worden. Die Genossenschaft wird Häuser und Baustellen kaufen. Zum Vorstände gehören die Herren: Dr. Mielencki und die Hausbesitzer Josef Biecka und Albert Zajonc. Glück auf!

Aus Nr. 4 des Sokół (Posen)

vom April 1904:

Siemianowiz in Oberschlesien.

Der hiesige Sokolverein ist im März dem Verbands beigetreten. Vorsitzender ist Kamerad Dr. Stenslicki, Schriftführer Paul Smilowski. Der Verein zählt 14 Mitglieder.

Kozdżin.

Der Bericht über die Tätigkeit des Sokolvereins im verflossenen Jahre ist folgender: Am 1. Februar v. Js. fand die Generalversammlung statt, in welcher in den Vorstand gewählt wurden die Kameraden: Fr. Borys, Vorsitzender, Artur Amiotet, Stellvertreter, Anton Malejzka, Schriftführer, Fr. Richter, Kassierer, Karl Orzondziel, Turnwart, Thomas Cober, Stellvertreter, Leo Zelosko, Ordner, die Beisitzer Peter Plecioniak, Nikolaus Moll, Josef Klimczak und Theodor Musialik. — Im Laufe des Jahres erlitt jedoch der Vorstand fortwährende Änderungen, denn kurz nach der Wahl legten der Vorsitzende, dessen Stellvertreter und der Schriftführer ihre Ämter nieder. Da in dieser Zeit auch unsere Turnhalle für „bau-fällig“ erklärt wurde, mußte mit der Wahl anderer Vorstandsmitglieder gewartet werden. Erst nach langen Bemühungen gelang es uns ein privates Versammlungslokal zu mieten, aber ebenfalls auf die nur kurze Zeit von zwei Monaten. Gleich in der zweiten Versammlung wurde die Lücke im Vorstand ausgefüllt, indem zum Vorsitzenden Johann Badura, zu dessen Stellvertreter Ant. Wolski und zum Schriftführer Adam Czupala gewählt wurden. Aber auch damit nahmen die Änderungen noch kein Ende. Im Juli v. Js. legte der bisherige Kassierer Fr. Richter sein Amt nieder, ebenso der Turnwart und ein Beisitzer, während im September der stellvertretende Turnwart den Militärdienst antrat, so daß sich der Rest des Vorstandes bis zum 6. März d. Js. aus nur 5 Kameraden zusammensetzte. — Außer der Generalversammlung fanden im verflossenen Jahre 5 ordentliche und 7 Vorstandssitzungen statt. An den Versammlungen beteiligten sich durchschnittlich 18 Kameraden.

Auch in diesem Jahre veranstalteten wir keine Vergnügen, statt dessen unternahmen wir über die Grenze oder in die benachbarten Wäldchen Ausflüge, die mit Turnübungen verbunden waren.

Am 3. Mai feierte unser Verein das fünfjährige Stiftungsfest, woran sich ein Ausflug und eine Andacht in Dziwniew schlossen.

Zu dem Turnfest in Lemberg sandten wir keinen Delegierten, dagegen war unser Verein an unserem Gau-feste durch 20 Turner vertreten.

Die Kasseneinnahmen betrugen in diesem Jahre 148,05 Mk., die Ausgaben 147,65 Mk., es verbleibt demnach für das Jahr 1904 ein Kassenbestand von 40 Pfennigen.

Der Wert des Inventars beläuft sich auf 700 Mk., davon aber sind noch 100 Mk. zu bezahlen.

Im verflossenen Jahre fanden 26 Turnstunden statt, an denen sich durchschnittlich 15 Kameraden beteiligten. Dieselben finden gegenwärtig Mittwoch und Sonnabend statt.

Der Verein abonniert 30 Exemplare des Sokol aus Posen und 3 Exemplare des Przegląd gimnazyczny aus Lemberg. Vereinsorgan ist der in Rattowitz erscheinende Gornoslonszak.

Die Bibliothek besteht aus 80 Bänden im Werte von 150 Mark. In der Bibliothek befinden sich 40 Bände, die übrigen sind verliehen. Außerdem enthält die Bibliothek 13 im Register nicht eingetragene Bücher im Werte von 10 Mark. Die Regulierung der Bibliothek konnte im verflossenen Jahre nicht erfolgen, weil

alle verliehenen Werke nicht zusammengebracht werden konnten, und weil wir länger als drei Vierteljahre keine Versammlungen abhielten.

Seit dem 1. März gelang es uns nach langen Mühen unsere Turnhalle wiederzuerlangen, in welcher wir mit früherer Begeisterung arbeiten wollen. Wir hoffen auch im Vereine Zuwachs zu erhalten, wenn jeder von den 30 Kameraden seine Pflicht erfüllen und nicht nur zeigen wird, daß er allein dem Vereine angehört, dessen erhabener Wahlspruch ist: „Im gefunden Leib ein gesunder Geist“, sondern daß er auch andere dazu anregen wird. Im verflossenen Jahre haben wir es auch dahin gebracht, daß jeder Kamerad unseres Vereins den Sokol abonniert.

In der Generalversammlung, welche am 6. März d. Js. stattgefunden und in welcher der Gauvorsitzende Bostrach aus Rattowitz den Vorsitz geführt hat, wurde folgender Vorstand gewählt: Johann Badura, Vorsitzender, Peter Wyszczak, Stellvertreter, Adam Czupala, Schriftführer, Ludwig Bromboż, Kassierer, Julius Howaniew, Turnwart, Augustin Wojcik, Stellvertreter, Leo Zelosko, Ordner, die Beisitzer Kleophas Szeliga, Franz Widera, Peter Plewniak und Nikolaus Moll. Das Amt eines Bibliothekars unserer bescheidenen Bibliothek hat Kamerad P. Plewniak übernommen.

Alle auf Vereinsangelegenheiten sich beziehenden Briefe wolle man zu Händen des Vorsitzenden adressieren: Johann Badura, Vorsitzender, Kozdżin, Hüttenstraße 12.

Adam Czupala,
Schriftführer.

Aus dem Innern und Westen Deutschlands.

Aus Nr. 72 des „Dziennik Berlinski“ (Berlin)

vom 29. März 1904:

Der Prozeß betreffend die Beleidigung des Kardinals Kopp und der ober-schlesischen Geistlichkeit ist zurückgenommen.

Am Sonnabend, bereits nach Schluß der Redaktion erhielten wir nachstehendes Telegramm:

Beuthen. „Der durch den Kardinal Kopp gegen den Gornoslonszak angestrebte Prozeß hat mit einem großen Siege der nationalen Bewegung geendet. Angesichts der Zeugenaussagen, durch welche die deutsch-katholische katholische Geistlichkeit Oberschlesiens sehr belastet worden ist, hat Kardinal Kopp die Anklage zurückgezogen. Der Gerichtshof sprach daraufhin die Angeklagten frei, die Kosten des Prozesses werden dem Kardinal Kopp auferlegt.“

In der Tat können wir diesen Ausgang des Prozesses als einen großen moralischen Sieg der nationalen Bewegung Oberschlesiens und als eine Niederlage der ober-schlesischen, germanisatorischen Geistlichen betrachten, die da ständig der Meinung zu sein scheinen, daß sie und das Zentrum und die katholische Kirche gleichbedeutend seien und die deswegen ihre kirchliche Würde zu rein weltlichen Zwecken mißbrauchen.

Schon die Neben des Abgeordneten Morfanti im Abgeordnetenhaus und im Reichstage haben ein grelles Licht auf die betreffenden Verhältnisse geworfen, und wir hatten, als wir dieselben lasen, das Empfinden, daß es gut sei, daß wir endlich einen

oberschlesischen Abgeordneten bekommen haben, der mit den oberschlesischen Verhältnissen hinlänglich bekannt ist, denn von ihm haben nicht nur die Deutschen, sondern auch die Polen endlich erst erfahren, in welcher einer Hölle unser oberschlesisches Volk zu leben gezwungen ist.

Bei dem Sichbefassen mit der großen Politik haben unsere Abgeordneten und unsere Gesamtheit fast von diesem Volke vergessen.

Den Reden des Abgeordneten Korfanty folgte jener Prozeß, der ungünstlicher Weise vom Kardinal Ropp ausging und der nicht nur die Vorwürfe des Abgeordneten bestätigte, die den germanisatorischen Geistlichen Schlesiens gemacht werden, sondern vielmehr noch Sachen aufdeckte, die man geradezu für unmöglich gehalten hätte, wenn das alles nicht öffentlich vor Gericht durch Eid bestätigt worden wäre. Die ganze Welt erfuhr aus diesem Prozesse, daß ein Teil der Geistlichkeit mit dem armen Volke daseibst umgegangen ist, wie mit Heiden, die zu rücksichtslosem Gehorsam verpflichtet sind.

Daß dies alles ans Tageslicht gekommen und öffentlich bestätigt worden ist, muß der Tüchtigkeit und Energie des jungen und schon so verdienten Rechtsanwalts Dr. Seyda in Ratowiz zugeschrieben werden, der es trotz des Widerstandes der Staatsanwaltschaft und des Gerichtshofes durchgesetzt hatte, daß man die durch ihn herbeigerufenen Zeugen vernahmen mußte. Und wenn die Aussagen der Zeugen das ihrige getan haben, so war es wiederum hohe Klugheit seitens des Rechtsanwalts Seyda und des Abgeordneten Korfanty, daß sie sich entschlossen haben, dafür zu sorgen, daß dem ferneren Brandmarken der kirchlichen Faktoren vor dem Forum eines andersgläubigen Gerichts und vor der protestantischen Presse Einhalt getan werde. Die durch sie zum Frieden dargebotene Hand, eine im Interesse der Kirche unter diesen Bedingungen so erhabene Tat, hat Kardinal Ropp, der aus dem Prozesse die Überzeugung gewonnen, daß es in seiner Diözese durch die Schuld der germanisatorischen Geistlichen nicht besonders gut zugeht, gern entgegengenommen und den ganzen Prozeß zum großen Erstaunen des Staatsanwalts und des Gerichtshofes zurückgezogen. Die Folge eines solchen Resultats des Beuthener Prozesses sind geradezu unberechenbar und für unsere Sache von bedeutendem Vorteile.

Aus Nr. 69 des Dziennik Berlinski (Berlin)

vom 24. März 1904:

In Sachen der Veranstaltung von Versammlungen in Berlin und Umgegend ist in einer Sitzung unseres „Politischen Komitees“ nachstehender Beschluß gefaßt worden:

„Versammlungen, welche allgemeine Angelegenheiten betreffen, kann überhaupt nur das Politische Komitee in Berlin einberufen.“

Augenscheinlich wird das Komitee, entsprechend diesem Beschluß, eine solche Organisation durchführen, damit alle Teile Berlins, Charlottenburgs und der Provinz Brandenburg überhaupt in steter Berührung mit ihm wären und in Bedarfsfällen lokale Agitationsversammlungen veranstalten könnten.

Es freut uns, daß sich diesem Beschlusse auch der Vertreter der Charlottenburger Kolonie angeschlossen hat und besonders, daß im Verlaufe der Diskussion

über diese Angelegenheit auch beiderseitig eine völlige befriedigende Aufklärung der Mißverständnisse eingetreten ist, welche aus Anlaß der letzten Charlottenburger Versammlung zu unserem größten Bedauern zwischen uns und einigen Mitgliedern des dortigen Komitees der Vereine eingetreten waren.

Nach den sowohl durch uns wie durch den ausgezeichneten Vertreter der Charlottenburger Kolonie erteilten authentischen Informationen mit Bezug auf die Anfänge und den Verlauf der Sache unterliegt guter Wille und Glaube auf beiden Seiten keinem Zweifel mehr, und wir hoffen, daß wir über diesem unangenehmen Mißverständnis ruhig zur Tagesordnung übergehen können.

Aus Nr. 27 des Robotnik Polski (Bochum)

vom 1. April 1904:

Bitterfeld.

Hierseibst ist ein Sokolverein gegründet worden, der erste in der Provinz Sachsen. Die Jugend ist eilends ans Werk gegangen. Die Lust, die Kräfte durch turnerische Übungen zu fördern, hat sich gehoben. Dem gegenwärtigen Ausschuss gehören an:

Rumz als Vors., Soskowiak als Stellv., Bachorz als Schriftf., Zakonski als Stellv., Raczmarek als Kass., Konarkowski als Stellv., Szuda als Turnwart, Kupski als dess. Stellv.

Die Jugend und wohlmeinenden Landsleute bitten wir hierdurch, uns zu unterstützen und recht zahlreich zu der am zweiten Feiertage stattfindenden Versammlung zu erscheinen. Möge sich bei uns das Streben nach Turnvereinen immer mehr entwickeln. Denken wir daran, daß nur in einem gesunden Körper eine gesunde Seele wohnen kann.

Gut Heil!

Ein Turner.

Aus Nr. 76 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 3. April 1904:

B e r i c h t über die Tätigkeit des polnisch-katholischen Herz-Jesu-Vereins.

Chale (Harz).

Der Verein, welcher bereits seit dem Jahre 1892 besteht, hielt am 7. Februar seine Generalversammlung ab, in welcher der Vorstand Bericht erstattete für die Zeit vom 8. Februar 1903 bis 7. Februar 1904.

Zu Beginn des Jahres hatte der Verein 31 Mitglieder; gegenwärtig gehören ihm 40 Mitglieder an.

Die Einnahmen betrugen 123,50 Mark, die Ausgaben 118,20 Mark, es verbleiben somit 5,30 Mark. Die Bibliothek gehört dem Volksleseverein in Posen. Es haben 12 gewöhnliche, 2 außerordentliche Versammlungen und 5 Vorstandssitzungen stattgefunden. Die Versammlungen waren von 30 bis 35 Mitgliedern besucht.

In den Vorstand sind gewählt worden:

Pfarrer Rinke, Ehrenvors., Fr. Tomiak, Vors., Mich. Wozniak, Stellv., Adalb. Duczmal, Schriftf., Andr. Janus, Stellv., Jos. Wielinski, Kass., Aug. Kiedrowski, Stellv.

Die Versammlungen finden an jedem Sonntage nach dem Ersten eines jeden Monats im Krauschesen Lokale statt.

Sämtliche den Verein betreffenden Briefe bitten wir an den Vorsitzenden oder an den Schriftführer zu adressieren.

Fr. Tomiak, Vors.
W. Duczmal, Schriftf.

Aus Nr. 64 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 18. März 1904:

Wahlangelegenheiten.

Zu dem Berichte über die Gründung des Wahlvereins in der Versammlung zu Herne müssen wir noch hinzufügen, daß in den Vorstand gewählt wurden: Fr. Janowski aus Bruch als Vorsitzender, C. Zmudzinski aus Castrop als Stellvertreter, M. Brejski aus Bochum als Schriftführer, Johann Wilkowski aus Schonnebeck als Stellvert., Lorenz Franke aus Bochum als Schatzmeister, St. Krzyzanski aus Oberhausen als Stellvertreter, M. Wojczynski aus Gelsenkirchen, St. Janowski aus Herne und Thomas Rubiak aus Styrum als Beisitzer.

Nach der Versammlung fand eine Sitzung des „Hauptwahlkomitees für Rheinland-Westfalen“ statt.

Es wurde die Angelegenheit des polnischen Zentralwahlkomitees für das Deutsche Reich besprochen.

Zum Mitgliede dieses Komitees wurde Th. Rubiak aus Styrum, zu seinem Stellvertreter Johann Brejski aus Bochum-Thorn gewählt.

Aus Nr. 65 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 19. März 1904:

Das polnische Zentral-Wahlkomitee.

für Rheinland-Westfalen und die benachbarten Provinzen wird binnen kurzem Filial-Vereine in Bruch, Castrop, Dortmund, Essen, Bochum, Wanne, Oberhausen, Gelsenkirchen usw. gründen. Man darf hoffen, daß die Landsleute die Bemühungen dieses neuen Vereins unterstützen werden.

Fr. Janowski, Vors.

Aus Nr. 69 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 24. März 1904:

Die Polizei in Bruch.

Benutzt augenscheinlich die Polizeiorgane in Laurahütte um deren Ruhm und tut alles, um das polnische Volk durch ihr Verhalten zu Gewalttätigkeiten zu bewegen. Die Landsleute in Bruch sind indes so vernünftig, daß sie trotz des rechtswidrigen und herausfordernden Benehmens der Polizisten kaltes Blut bewahren und nicht einen Schritt vom Wege des Rechts abweichen. Dafür gebührt ihnen aufrichtige Anerkennung.

Wir haben bereits Bericht erstattet über die Ausschreitungen, welche sich die Polizei nach der Brucher Versammlung vom 28. Februar d. J. hatte zu schulden kommen lassen. Am Dienstag, den 22. d. M., benahm sich die Polizei bei weitem schlimmer. Bekanntlich hatte man zu der Dienstag-Versammlung auch die Polinnen eingeladen, die ziemlich zahlreich erschienen waren.

Die Versammlung wurde durch eine kurze Ansprache von dem Redakteur des Wiarus Polski, Herrn Anton Brejski, eröffnet. Das Wort ergriff darauf Frau Wasniewska aus Bochum, die in schöner, nach Inhalt und Form maßvoll gehaltener Rede die polnischen Mütter aufgefordert hatte, ihre Kinder im polnischen Sprechen, Lesen und Schreiben zu unterrichten und ihnen Liebe zum eigenen Volke einzupflanzen.

Da erhob sich der die Versammlung überwachende Beamte und erklärte mit gehobener Stimme: „Ich sehe, daß es hier nur Hetereien sind, ich löse deshalb die Versammlung auf und fordere alle Anwesenden auf, sofort den Saal zu verlassen. Wenn das nicht geschieht, dann gibt's.“

Die Versammelten begannen sofort den Saal zu verlassen — so schnell als es eben möglich war. Trotzdem wurden die Polizisten unruhig und stießen die Leute. Sogar eine den anderen Leuten ruhig nachfolgende Polin stieß ein Polizist mit Gewalt. Einer, der dies sah, griff nach einem Stuhl, um dem Polizisten damit eins zu versetzen, aber eine der anwesenden Polinnen vermochte diese Gewalttat noch abzuwenden. Dieser Polin gebührt das Verdienst, daß es nicht dazu gekommen ist, worauf die Polizei augenscheinlich vorbereitet war, d. h. zu Tumulten wie in Laurahütte.

Auf der Straße warteten schon mehrere uniformierte Polizisten, von denen manche dadurch große Erbitterung hervorriefen, daß sie die auseinandergehenden Leute rücksichtslos auseinandertrieben. Insbesondere war man darüber entrüstet, als ein mit den örtlichen Verhältnissen unbekannter Polizist eine Polin zu stoßen begann, die von einer Seite der Straße auf die andere ging, um in das Geschäft eines Kaufmannes zu gelangen.

Als die Polizei in ihrem Eifer über einen ruhig das Weges dahergehenden deutschen Fabrikanten, den Herrn M. aus Mannheim, herfiel, erhob sich ein allgemeines Gelächter. Wie es scheint, haben Worte des Ernstes aus dem Munde des Herrn den Eifer der Polizei ein wenig abgekühlt.

Es sei dem wie es wolle: Das herausfordernde und aufreizende Benehmen der Polizei in Bruch gehört zu den in dieser Gegend unbekannten Erscheinungen. Erklären läßt sich dasselbe nur dadurch, daß im Rathause in Recklinghausen-Bruch die Einflüsse der Zentrumsleute, welche heute mit ihrer Verbissenheit und Rücksichtslosigkeit gegenüber den Polen die fanatischsten national-liberalen Sakatisten übertreffen, sehr groß sind.

Die Auflösung der Versammlung in Bruch war eine Vergeßlichkeit des Gesetzes, denn die durch den überwachenden Beamten angegebenen Gründe berechtigten die Polizei keineswegs zur Auflösung von Versammlungen. Die Polizei kann eine Versammlung auflösen, wenn jemand eine strafbare Handlung begeht oder zur Begehung einer solchen auffordert. Das ist in der Brucher Versammlung nicht geschehen. Wenn aber alles das, was dieser oder jener als Aufreizung ansieht, der Polizei einen Grund zur Auflösung geben würde, so dürften Versammlungen überhaupt nicht stattfinden. Daher wird aus Anlaß der Auflösung der Versammlung und des brutalen Benehmens mancher Polizeibeamten Beschwerde bei der höheren Behörde geführt werden.

Der moralische Erfolg der aufgelösten Versammlung wird sicherlich der polnischen Nationalität Vorteil bringen, der preussischen Regierung aber wird er unangenehm sein, denn das, was in Bruch

geschehen ist, wird manchem träumerischen Polen und mancher gleichgültigen Polin die Augen mehr öffnen, als zehn Versammlungen, die ohne Störung verlaufen sind.

Nur einer Sache hat die Auflösung der Versammlung geschadet, nämlich der Gründung des Vereins „Zdrowie“ (Gesundheit).

Wir bemerken, daß sich Herr M. über die Kaltblütigkeit der Polen in Bruch gewundert und sich dahin geäußert hat, daß anderwärts ein derartiges Verfahren der Polizei unzweifelhaft Gewalttätigkeiten hervorgerufen haben würde. Weil der Wiarus Polski von amtlichen Organen gelesen wird, so fordern wir die dazu berufenen Faktoren auf diesem Wege auf, ihre untergebenen Polizeibeamten dahin zu befehlen, daß es ihnen nicht gestattet sei, das Volk zu reizen, daß sie vielmehr verpflichtet seien, durch Takt und Enthaltensamkeit für Ruhe zu sorgen.

Die Landsleute bitten wir inständigst, sich überall, trotz der Übergriffe der Polizei, ruhig zu verhalten. Gegen Rechtswidrigkeiten muß man sich in richtiger Weise beschweren. Wenn die Beschwerden auch nicht immer von Erfolg begleitet sind, so ist es doch besser, der Polizei aus dem Wege zu gehen, als verschiedenen Karrierenreitern Gelegenheit zu geben, daß sie an den Polen ihre Schneidigkeit beweisen könnten. Die Landsleute sollten daran denken, daß sich manche Leute darüber freuen würden, wenn wir vom gesetzlichen Wege abwichen; man kann diese Leute durch nichts mehr kränken, als durch Überlegung und Ruhe.

Aus Nr. 67 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 22. März 1904:

Die Versammlung für Herrn Zninski,

welche durch Johann Kolenda nach Dortmund einberufen worden war, fand am Sonntag statt. Zunächst sprach Zninski über allgemeine Angelegenheiten; er bemängelte sodann die Schaffung eines Hauptwahlkomitees für Rheinland-Westfalen und die benachbarten Provinzen und führte aus, daß dasselbe nicht zu recht bestehe.

Die Herren Janowski, Wolkowia, Stawinski, Nowak und Regulski traten den Ausführungen Zninskis entgegen.

Zninski ging jedoch von seinem Verlangen, eine neue Wahlorganisation ins Leben zu rufen, nicht ab. Es wurden 20 Personen für das neue Komitee vorgeschlagen und gewählt. Der Verlauf der Versammlung war zeitweise sehr stürmisch, namentlich infolge der Angriffe gegen den Wiarus Polski und den abwesenden Leiter desselben. Obgleich Zninski sehr zurückhaltend war, konnte er es doch nicht unterlassen, über den Vorsitzenden des Hauptwahlkomitees, Rubiak, herzugreifen.

Es gelang dem p. Lenzing und seinen Missionaren nicht, die Gesamtheit der Landsleute vom Hauptwahlkomitee loszureißen, solches wird auch dem Herrn Zninski nicht gelingen.

Aus Nr. 26 des Robotnik Polski (Bochum)
vom 29. März 1904:

Herr Zninski und das Zentrum.

Der Dortmunder Przewodnik teilt in der letzten Nummer mit, der bekannte Versöhnungs-

parteiliche Herr von Koscielski und Posener Geistliche hätten Herrn Zninski zur Gründung einer polnischen Zeitung in Dortmund Geld gegeben und zwar unter der Bedingung, daß Herr Zninski die Losung „Einigkeit mit dem Zentrum“ unterstützen werde.

Das wird wohl den Landsleuten in der Fremde vollends die Augen öffnen. Der Umstand, daß Herr Zninski seine Tätigkeit mit der Schaffung neuer Wahlkomitees begonnen hat, ist gewissermaßen die Bestätigung obiger Nachricht.

Aus Nr. 73 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 30. März 1904.

Rö h l i n g h a u s e n.

Den Landsleuten in Röhlingshausen teile ich mit, daß am 13. März ein Gesangsverein unter dem Namen „Lutnia“ (Laute) gegründet worden ist. Beigetreten sind sofort 33 Mitglieder. Den Landsleuten kann nur anempfohlen werden, dem Verein recht zahlreich beizutreten, damit der polnische Gesang, sowohl der kirchliche wie der weltliche, besser gepflegt werde.

Singe, polnisches, goldenes Volk,
Offenbare, was Dich bangt
Beim Pfluge, bei der Saat,
So lange Du ein Herz beistest,
So lange Du singen kannst.
Ehre dem polnischen Liede!

Aus Nr. 74 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 31. März 1904:

Altendorf bei Essen.

Der polnisch-katholische St. Johannes-Verein hielt am 24. Januar seine Generalversammlung ab, in welcher folgender Vorstand gewählt wurde:

Fr. Biernat, Vors., W. Szumilowski, Stellv.,
Jof. Draheim, Schriftf., Ant. Breijer, Stellv., Fr.
Skalski, Kassierer, Jof. Snatecki, Stellv., Jof.
Rubiak, Bibl., Jof. Warjzak, Stellv.

Die Sitzungen finden alle 14 Tage, Sonntags, nachmittags 4 Uhr im Postschen Lokale, Altendorferstraße, statt.

Fr. Biernat, Vorsitzender.
J. Draheim, Schriftführer.

Aus Nr. 74 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 31. März 1904:

E i c k e l.

Der Gesangsverein „Kochanowski“ hielt am 13. März seine Generalversammlung ab. In den Vorstand wurden gewählt:

Kon. Olzewski, Vors., Jof. Domachowski,
Stellv., Andr. Grochowiak, Schriftf., Stan. Surma,
Stellv., Mart. Sobol, Kass., Fr. Stachowiak,
Stellv., Ign. Rydzynski, Bibl., Mart. Dudek, Stellv.

Die Versammlungen finden an jedem zweiten Sonntage im Monat, nachmittags 4 Uhr, im Feldhegeschen Lokale statt.

K. Olzewski, Vorsitzender.
A. Grochowiak, Schriftführer.

Aus Nr. 74 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 31. März 1904:

S e l m s t e d t.

Der polnisch-katholische Arbeiterverein unter dem Schutze der hl. Barbara hielt am 27. Februar seine Generalversammlung ab. Die Einnahmen betrugen 271,80 Mark, die Ausgaben 282,87 Mark, in der Kasse verblieben 139,03 Mark.

In den Vorstand sind gewählt worden:

Rom. Jusko, Vorj., Steph. Struzyna, Stellv., Adalb. Wendlandt, Schriftf., Vinz. Kranc, Stellv., Joh. Sztarka, Kass., Stan. Tomkowiak, Stellv., Joh. Koczur, Bibl., Mich. Roguska, Stellv.

Der Verein hielt 21 Versammlungen ab.

Der Vorstand.

Aus Nr. 74 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 31. März 1904:

S o r s t - R u h r.

Die Generalversammlung des St. Peter-Vereins fand am 6. März statt. In den neuen Vorstand wurden gewählt:

Jos. Leisner, Vorj., Mart. Wojtecki, Stellv., Lorenz Katakczak, Schriftf., Joh. Pawlowski, Stellv., Paul Jura, Kass., Jak. Jesiek, Stellv., Stan. Kubacki, Bibl.

L. Katakczak, Schriftführer.

Aus Nr. 76 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 3. April 1904:

B e r i c h t

über die Tätigkeit des polnischen-katholischen Gesangsvereins für das Jahr 1903.

G e l s e n k i r c h e n - L e n d o r f.

Der Gesangsverein, welcher seit dem 1. November 1903 unter der Bezeichnung „Gesangsabteilung des St. Antonius-Vereins“ existierte, hat vom 1. November ab den gegenwärtigen Namen angenommen und ist ein selbständiger Verein geworden. Derselbe hielt im verflossenen Jahre drei Generalversammlungen und zehn gewöhnliche Versammlungen ab. Die Zahl der Mitglieder betrug zu Beginn des Jahres 1903 63, darunter 20 aktive; gegenwärtig gehören ihm 41 Mitglieder an. Die Einnahmen betrugen 144,40 Mark, die Ausgaben 88,60 Mark; es verbleiben somit für das laufende Jahr in der Kasse 55,80 Mark. Die Gesangsstunden finden an jedem Sonntage, nachmittags 1 Uhr, statt. In den Vorstand wurden gewählt:

Joh. Majtkowski, Vorj., Bal. Dudziak, Stellv., Rom. Grabowski, Schriftf., Ant. Prus, Stellv., Wlad. Koczynski, Kass., J. Madrzewski, Stellv., A. Grabowski, Schriftf.

J. Majtkowski, Vorsitzender.

Aus Nr. 68 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 23. März 1904:

Auf Veranlassung des „Polenbundes“ fand am 20. März in Lütgendortmund eine polnische Volksversammlung statt, welche von Karolezak aus Somborn geleitet wurde.

Als Redner traten auf: Kubiak, Bogucki, A. Brejski und andere.

Es wurde beschlossen, an den Abgeordneten Korfanty ein Telegramm abzusenden und ihm in demselben für die tapfere Verteidigung des polnischen Volkes in Oberschlesien Anerkennung zu bekunden.

Auf Antrag des Herrn Bogucki wurde ferner beschlossen, dem Abgeordneten Brejski Dank abzustatten für seine in Verteidigung der polnischen Arbeiter in der Fremde gehaltene Rede; zu Ehren aller Abgeordneten der Volkspartei wurde ein Hoch ausgebracht, in welches die Versammelten begeistert einstimmten.

Aus Nr. 68 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 23. März 1904:

Auf Veranlassung des „Polenbundes“ fand am 20. d. M. in Kastrup unter der Leitung des Herrn Zmudzinski eine polnische Volksversammlung statt.

Als Redner traten auf die Herren Johann Wilkowski, Abgeordneter Brejski, J. Kwasniewski, Wierzbinski u. a.

In der Versammlung ist folgende Resolution angenommen worden:

Die in Kastrup versammelten Polen der Provinz Westfalen bekunden dem Adalbert Korfanty für dessen tapfere Verteidigung der Rechte des polnischen Volkes in Oberschlesien ihre Anerkennung und wünschen ihm Erfolg im weiteren Kampfe gegen die liberalen, konservativen, zentrumsfreundlichen und sozialdemokratischen Hatzisten.

Den Zentrumsabgeordneten Glowacki, Borjch und Jaltin gegenüber drücken die Versammelten für die Verfolgung der polnischen Volksparteiler Oberschlesiens ihre höchste Enttäuschung aus.

Der Verlauf der Versammlung war trotz aller Lebhaftigkeit feierlich ernst.

Aus Nr. 4 des „Sokol“ (Posen)

vom April 1904:

M e n g e d e.

Wir haben hier einen Turnverein „Sokol“ gegründet, der gleich von Anfang an mit Schwierigkeiten wegen eines Saales zu kämpfen hatte.

Nachdem es schließlich geclückt war, einen solchen zu erlangen, fanden Turnübungen statt. Anstatt sich in Gasthäusern herumzutreiben, nahm die Jugend gern an der Gymnastik teil. Indes sah die Polizei scheelen Auges unserer Vereinstätigkeit zu, und so geschah es, daß uns der Gastwirt den Saal kündigte.

Kameraden! Wenn sie für uns keinen Turnsaal haben, dann soll auch unser Fuß ihre Schwelle nicht betreten! Löschen wir unsern Durst mit klarem Wasser, denn dieses ist gesünder als Alkoholgetränke. Lassen wir auch den Mut nicht sinken! Der Frühling naht, mithin werden wir unter freiem Himmel Turnübungen abhalten können. Sorgen wir dafür, daß alle jungen Leute in unsere Reihen eintreten, damit wir die Turnübungen mit einer größeren Zahl von Turnern beginnen können.

Gut Heil!

Ein Turner.

S e n n i g s d o r f.

Am 31. Januar fand die Generalversammlung (des Sokolvereins) statt, in welcher in den Vor-

stand gewählt wurden: Stanislaus Szymanski, erster Vorsitzender, Josef Tajga, zweiter Vorsitzender, Franz Papiornik, Schriftführer, Rochus Motys, Stellvertreter, Michael Gozdek, Kassierer, Teophil Cieplik, Turnwart, Josef Tysiorowski, Unter-Turnwart, Stanislaus Bartosiak, Bibliothekar, Michael Rawada und Ladislaus Kornin, Beisitzer. Versammlungen fanden zweimal monatlich statt, in welchen durchschnittlich 22 Kameraden anwesend waren, Turnübungen zweimal wöchentlich, an denen sich durchschnittlich 18 Kameraden beteiligten. Im verflossenen Jahre veranstalteten wir drei Vergnügungen und drei Ausflüge. Für das Jahr 1904 beträgt der Mitgliederbestand 39.

Franz Papiornik, Schriftführer.

Aus Nr. 74 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 31. März 1904:

R ö h l i n g h a u s e n.

Bericht über die Generalversammlung des neuen Vereins „Sokol“.

Die Versammlung fand am Sonntag, den 29. März, im Saale des Herrn K. Peters, Bochumstraße, um 6 Uhr nachmittags statt. Die Versammlung eröffnete Kamerad Hadryan mit dem Sokolgruß „Gut Heil!“ In den Vorstand wurden folgende Kameraden gewählt: Vorsitzender Josef Hadryan, Stellvertreter Johann Obalek, Schriftführer Fr. Bala, Stellvertreter Matthäus Jeziorski, Kassierer Fr. Adamski, Stellvertreter Fr. Raj, Turnwart Adalbert Portka, Unter-Turnwart Anton Sloma, Stellvertreter Johann Wozniak, Beisitzer St. Blonczak und Stanislaus Janowski. Bei der Gründung am 28. Februar sind dem Verein 40 Kameraden beigetreten, in der Generalversammlung sechs, mithin zählt der Verein 46 Mitglieder. Es wurde der Beschluß gefaßt, jeden Mittwoch und Sonnabend um 7 Uhr Turnstunden abzuhalten, den dritten Sonntag in jedem Monat Versammlungen einzuberufen und dem Sokolverbande beizutreten. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Sokolgruß „Gut Heil!“

J. Hadryan, Vorsitzender.

Fr. Bala, Schriftführer.

G e l s e n k i r c h e n - B i s m a r k.

Am Sonntag, den 21. Februar, fand eine Versammlung zwecks Gründung eines Turnvereins „Sokol“ statt. Die Versammlung eröffnete und leitete Kamerad Stan. Kochowicz. Nach Verlesung der Satzungen hielt Kamerad Kamyszek aus Bruckhausen eine Ansprache, in welcher er alle zum Beitritt in unsern Verein anfeuerte. In der darauf folgenden Vorstandswahl wurden zu Vorstandsmitgliedern folgende Kameraden gewählt: Anton Olzak, Vorsitzender, Martin Szymanski, Stellvertreter, Stanislaus Kowalik, Schriftführer, Thomas Ptak, Stellvertreter, Stan. Kochowicz, Turnwart, Stan. Matuszewski, Stellvertreter, Johann Stachowiak, Kassierer, Stan. Murawa, Stellvertreter, Adam Skomorowski, Bibliothekar, die Beisitzer And. Skrobala, Stefan Pietrowski und Franz Gosc. In der Versammlung ließen sich 30 Kameraden eintragen. Die Versammlungen werden jeden ersten Sonntag im Monat stattfinden. Alle Landsleute aus Bismarck und Umgegend, namentlich aber die Jugend werden ersucht, sich möglichst zahlreich als Mitglieder eintragen zu lassen. Die Turnübungen werden zweimal wöchentlich, am Mittwoch und Sonntag, abgehalten. Unser

Bereinslokal befindet sich in Bismarck-Dst, früher Hammerkamp, bei Herrn Gustav Haltern, Wilhelmstraße 110.

A. Olzak, Vorsitzender.
St. Kowalik, Schriftführer.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 27 der (sozialdemokratischen) Gazeta Ludowa
(Posen)

vom 3. April 1904:

S.-R.-T.

Ungarn als Germanisatoren? Die Zeitungen teilen mit, daß die Ansiedlungskommission aus dem Innern Ungarns Ansiedler bezieht. In der letzten Zeit habe sie 40 Dorffamilien eingeführt, die zum Teil vermögend sind und die sich hier als Ansiedler niederlassen sollen. In derselben Gegend in Ungarn werde eine lebhaft propagandiert, die darauf hinstrebt, eine Auswanderung in größerem Umfange herbeizuführen. Wie verlautet, ist ein Teil der Ansiedler in die Gegend von Budzin gebracht worden und soll Ansiedlerstellen in Luchanowo erhalten.

Die Ansiedlungskommission hatte sich anfangs zum Ziele gesetzt, auf polnischer Erde deutsches Element anzusiedeln. Jetzt, wo sie nicht weiß, woher sie deutsche Bauern nehmen soll, die sich für das Los eines Ansiedlers im Großherzogtum nicht bedören lassen, greift sie in ihrer Verzweiflung nach — Ungarn.

Das ist ein neuer Beweis der „Pleite“ dieses kapitalistischen Unternehmens.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 70 des Kurjer Poznański (Posen)

vom 25. März 1904:

Aus Warschau, 23. März 1904.

Nicht leicht ist es bei uns, selbst ein einfaches Werk zu stande zu bringen, aber manchmal ist es noch schwerer, es zu beginnen, besonders ein solches, wie die in den entscheidenden Kreisen gelobte und von der Behörde gestattete Organisation einer religiös-sanitären Abteilung für den fernen Osten. Daher jenes lange Schweigen, mit welchem ich mit Ihrer Erlaubnis die Periode der Vorbereitung zu bedecken mir gestattete bis zu dem jetzigen Moment, in welchem die zweite Phase des — so Gott will — glücklich vom Warschauer Herrn Erzbischof begonnenen Werkes einsetzt.

Ohne Zweifel werden gleichzeitig mit Ihnen die Warschauer Blätter den Aufruf des Erzbischofs veröffentlichen, der in der folgenden behutsamen Form abgefaßt ist: Der Krieg ist eine große Niederlage, welche die Vorsehung über das Menschengeschlecht hereinbrechen läßt, um dessen Gedanken und Herzen Gott zuzuwenden. Gleichzeitig weckt sie unter uns die Liebe und die Sorge für diejenigen, welche ihr Leben und ihre Gesundheit auf das Schlachtfeld tragen. Da Gott mich berufen hat, ein Hirte seiner Schäflein zu sein, hat er mir vor anderen die heilige Pflicht auferlegt, in einem solchen Moment ihres wichtigsten Bedürfnisses nicht zu vergessen. Bewogen durch diese Gründe wandte

ich mich an die Staatsbehörden um die Erlaubnis, Priester, sowie eine Sanitätsabteilung auf den Kampfsplatz senden zu dürfen. Nachdem ich diese Erlaubnis erhalten, mache ich mich im Namen Gottes ans Werk und ich werde die Organisation einer Sanitätsabteilung vornehmen. Sie wird aus 5 barmherzigen Schwestern des heiligen Vinzent à Paulo, einem Priester, zwei Ärzten und einer entsprechenden Anzahl Krankenpflegern bestehen und als ein in sich geschlossenes Ganze, wie es zur Bedienung von Betten erforderlich ist, an den Bestimmungsort abgehen. Indem ich diesen Schritt unternehme, zweifle ich nicht einen Augenblick daran, daß ich bei mitleidigen Herzen Anklang finden und daß ihre Mildtätigkeit im Namen der Nächstenliebe mir möglich machen wird, das begonnene Werk zu Stande zu bringen. Zu diesem Zwecke sind zur Sammlung von Spenden die nachstehenden Personen eingeladen worden:

1. der Warschauer Herr Suffraganbischof Kasimir Rużkiewicz,
2. Xaver Graf Branicki,
3. Domherr Sigismund Chelmiński,
4. Wladimir Fürst Czerniewski, Vorsitzender des Wohltätigkeitsvereins nach dem Fürsten Mathias Radziwiłł,
5. der Jubilar Alexander Kerst, ein verdienter Industrieller, der Gründer und Vorsitzender vieler Spar- pp. Vereine,
6. der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Kreditvereins Herr Ludwig Gorski. (Alle Kommentare sind wohl überflüssig angesichts dieser greisen, von allgemeiner Verehrung umgebenen Gestalt des landwirtschaftlichen Jubilars, der an der Spitze des Königreichs Polen steht),
7. Paul Gorski,
8. Baron Leopold Kronenberg,
9. Stanislaus Graf Lubieński,
10. der Regent Herr Konstantin Mogilnicki in Lodz,
11. Herr Josef Ostrowski,
12. Direktor Johann Anton Sufinski in Lodz,
13. Herr Johann Szlenker,
14. Majoratsherr Moriz Graf Zamoycki.

Die zu meinen Händen oder an den Genannten oder durch gütige Vermittelung der öffentlichen Blätter dargebrachten Spenden werden der Handelsbank zugeführt werden. Von dort werde ich persönlich die Fonds entnehmen zur Versendung der Priester, zur Organisation und zum Unterhalt der Sanitätsabteilung, sowie zur Ernährung der in ihr befindlichen Kranken. Bisher sind an meine Hände Spenden in Höhe von 62 000 Rubeln abgeführt worden. Indem ich den edlen Spendern ein aus der Tiefe meines Hirtenherzens fließendes „Gott bezahls!“ sage, überlasse ich alles übrige dem Segen Gottes und der mitfühlenden Hilfe guter Menschen.“
Vinzent Popiel.

Das ist der Aufruf des Warschauer Erzbischofs. Ich gebe seinen vollen Wortlaut wieder als einen Akt, der sowohl an sich, als auch für den Augenblick seines Entstehens und für die Verhältnisse unserer hiesigen Gesellschaft unermesslich charakteristisch ist.

Den Text des Aufrufs kann man als geradezu meisterhaft abgefaßt bezeichnen. Er vermeidet einen anderen Ausgangspunkt, als das Pflichtgefühl des kirchlichen Hirten und er konnte von allen akzeptiert werden. Er konnte weder bei einer politischen noch bei einer nationalen Partei, weder bei einer gesellschaftlichen, und noch weniger bei einer konfessionellen Sphäre Anstoß erregen, ungeachtet dessen, daß das erwählte Komitee sich

streng aus dem Bereich unserer Volksgesamtheit zusammensetzt und so zusammen mit seiner Bestimmung für unsere Kranken dem ganzen Werke jeden untertänig-loyalen, servil-staatlichen Charakter nimmt, ihm sogar ein sympathisches Aussehen vor der ganzen Volksgesamtheit verleiht und ihm, sei es auch nur den Schein der Sonderstellung in der Initiative, Durchführung und Zweckbestimmung gibt.

Insofern wage ich auch zu prophezeien, daß der vom Erzhirten erlassene Aufruf von der Volksgesamtheit gut und sympathisch wird aufgenommen werden, selbst wenn ins Komitee nicht auch Männer berufen worden wären, die sich allgemeinen Ansehens erfreuen, Männer, die im öffentlichen und sozialen Dienst ergraut sind.

Die verhältnismäßig große Rolle, die den Herren Bischof Rużkiewicz und Domherr Chelmiński zufällt, wird eine besondere Anregung sein für die Mitwirkung der Geistlichkeit in Warschau und im Lande. Ich zweifle mithin nicht daran, daß die Spenden reichlich fließen werden, nicht im Übermaß, aber so, daß dieser kostspielige Feldzug christlicher Barmherzigkeit wird völlig gedeckt werden können, ja daß sogar ein Überschuß erzielt werden wird. Nicht gleichgültig wird auch hier die Beteiligung der Presse an der Sammlung der Spenden sein, worauf der Erzbischof augenscheinlich rechnet. Wie sich die Sache weiter entwickeln wird, darüber werde ich nicht verfehlen, Ihnen Mitteilung zu machen.

Aus Nr. 2 des Przegląd Wszechpolski (Krakau)
vom 7. Februar 1904:

Ob wir uns entnationalisieren?

Wenn wir die Beurteilung der Entwicklung der Nationalitätsverhältnisse in preussischen Landesteilen durchführen wollen, müssen wir die methodische Prüfung auf die Aufklärung folgender einzelner Fragen richten:

1. Ob und welche Veränderungen in der ziffermäßigen Entwicklung der Polen und der Deutschen im preussischen Anteil vorkommen und ob deren Ergebnis die Polonisierung oder Germanisierung des Landes ist?
2. Wo und in welchem Umfange der Prozeß stattfindet?
3. Welches seine Bedingungen und Ursachen sowohl mit Bezug auf die Entnationalisierung, als auch auf die gegenseitige Widerstandsfähigkeit sind?
4. Die Prognose für die Zukunft.

Zur Aufklärung der ersten und zweiten Frage, betreffend den Ausweis des quantitativen Umfangs dieser Veränderungen, müßten wir nach Feststellung der Glaubwürdigkeit der Zahlen die absoluten und prozentualen Ziffern der Polen und Deutschen, welche durch aufeinander folgende Volkszählungen festgelegt worden, vergleichen, ebenso den quantitativen und prozentualen Zuwachs beider Nationalitäten mit demjenigen Zuwachs vergleichen, welcher auf Grund der natürlichen und gesellschaftlichen Bevölkerungsbewegung zu erwarten wäre und auf dieser Grundlage feststellen, ob, wo und in welchem Umfange unsere Entnationalisierung oder diejenige der Deutschen stattfindet. Leider können diese Feststellungen in größerem Umfange nicht vorgenommen werden und zwar mit Rücksicht darauf, daß die Volkszählungen in Preußen im Jahre 1861 in Betreff der Nationalität auf einer anderen Grundlage stattfanden, als diejenigen im Jahre 1890 und

1900; im Jahre 1861 wurde nicht jeder einzelne Mensch nach seiner Muttersprache befragt, wie dies in den Jahren 1890 und 1900 der Fall war, sondern nach der Familiensprache, nach der Sprache des Familienhauptes. Infolgedessen wurde die Dienerschaft, das Gesinde und in den Mischehen alle Familienmitglieder zu der Nationalität des Familienhauptes oder des Vaters gerechnet. Diesem Umstande ist es denn auch zuzuschreiben, daß man z. B. in Berlin und in vielen polnischen Ansiedelungen in der Fremde auch nicht einen einzigen Polen im Jahre 1861 feststellte. Auch das ziemlich zahlreiche polnische Gesinde in deutschen Familien im preussischen Anteil wurde irrtümlich zu den Deutschen gezählt. Und derartige Deutsche, (recte Polen) gab es, wenn wir nur 2—4 Prozent in den 4 preussisch-polnischen Provinzen annehmen, im Jahre 1861 etwa 60tausend. Ferner hat auch die Beamtenwillkür die Anzahl der Polen dadurch vermindert, daß als Polen nur diejenigen gezählt wurden, welche der deutschen Sprache ganz und gar nicht mächtig waren, so daß sogar polnische Abgeordnete des preussischen Landtages, wie Miegolewski u. a., weil sie auch des Deutschen mächtig waren, zu den Deutschen gezählt wurden. Die Annahmen aber des Dr. Buzek, die Volkszählung hätte auf einem rein polnischen Territorium eine höhere Zahl der Polen, als sie der Wirklichkeit entspräche, festlegen können, erscheint uns angesichts dessen, daß verhältnismäßig weniger Deutsche in den polnischen Wirtschaften beschäftigt werden und daß die Willkür der die Volkszählung leitenden Beamten nicht auf die Verminderung ihrer Anzahl, sondern im Gegenteil auf die künstliche Hebung derselben gerichtet war, nicht hinreichend gerechtfertigt. Die Volkszählung im Jahre 1861 ergab also eine niedrigere, der Wirklichkeit nicht entsprechende Zahl der Polen. Die Feststellung dieses Fehlers hat deshalb eine wichtige Bedeutung, weil, wenn wir die bei der Volkszählung ermittelte geringere Anzahl der Polen als der Wirklichkeit entsprechend annehmen, wir dem bedeutenden Zuwachs der polnischen Bevölkerung, welcher bei der 30 Jahre später stattgefundenen Volkszählung im Jahre 1890 angegeben wurde, keine reelle und genaue Bedeutung beimessen können, im Gegenteil ihn tatsächlich kleiner, als den im Jahre 1861 irrtümlich ermittelten betrachten müssen.

Dagegen können wir bereits die Volkszählungen im Jahre 1890 und 1900 als auf einer und derselben, die Muttersprache (bzw. 2 Muttersprachen) berücksichtigenden Grundlage durchgeführte Zählungen mit einander vergleichen, obwohl wir auch hier der Ansicht des Dr. Buzek nicht beipflichten können, welcher diese Sachen als vollständig genau betrachtet, insbesondere hinsichtlich der zweisprachigen Personen, d. i. denjenigen, welche die polnische und deutsche Sprache als Muttersprache eintragen. Außer den nicht seltenen Fällen, in welchen die von den Deutschen abhängigen Polen sich als Deutsche eingetragen haben oder sich haben eintragen lassen, kamen viel häufigere Fälle vor, in denen solche abhängige Polen sich oder die ihrigen — einzeln gezählt — als zweisprachig eintrugen und da-

durch die Anzahl der wirklichen, einsprachigen Polen verminderten. Dagegen ist es schwer anzunehmen, daß ein Deutscher als seine Muttersprache die polnische und die deutsche Sprache eintrüge. Die Zahl der Deutschen erfuhr also dadurch keine Verminderung. Noch bezüglich einer Behauptung des Dr. Buzek müssen wir einen Vorbehalt erheben. Dr. Buzek erachtet namentlich die Anzahl der zweisprachigen Leute als eine Art von Skala der fortschreitenden Germanisierung und mißt mit ihr deren Intensität.

Insofern wir die nur polnisch sprechenden Personen wirklich als wahre Polen betrachten können, haben wir andererseits keine sichere Unterlage dafür, diejenigen, welche sich zur Kenntnis zweier Sprachen (der polnischen und der deutschen) bekannten, für weniger sichere Polen, noch weniger für eigentliche Deutsche zu halten. Dr. Buzek rechnet, in Übereinstimmung mit der preussischen Statistik, nur die Hälfte dieser Kategorien zu den Polen, die andere Hälfte zu den Deutschen. Dr. Buzek nimmt an, daß die Leute bei der Volkszählung die Erklärung der Muttersprache für die Erklärung der Nationalität und nicht für diejenige der Muttersprache hielten und zu dieser Annahme kommt er auf Grund des Umstandes, daß sonst die Anzahl der zweisprachigen Kinder ungefähr der Anzahl der zweisprachigen Mütter entsprechen müßte, die Ziffer dieser Kinder ist eben kleiner. Dies ist eine logische Schlußfolgerung, sie entspricht jedoch nicht genau der unter unserem Volke, namentlich in Oberschlesien herrschenden Sitte der Angabe zweier Sprachen, um die Überlegenheit über die Deutschen zum Ausdruck zu bringen. „Ich kann polnisch und deutsch und der „Schwabe“ nur deutsch.“ Wir dürfen jedoch die ziemlich oft sich wiederholende Erscheinung einer gewissen Eitelkeit nicht immer für die beginnende Germanisierung halten, obwohl wir hier mit Dr. Buzek zugeben, daß die absolute und prozentuale Vermehrung der das Polnische und das Deutsche als ihre Muttersprache angehenden Personen gewissermaßen auch die Intensität der Germanisierung kennzeichnen kann, denn unter solchen Personen kann sich tatsächlich eine bedeutende Anzahl befinden, die bereits der allmählichen Germanisierung unterliegen. Diese Tatsache darf jedoch nicht überschätzt werden. Vorstehenden Vorbehalt glaubten wir durchaus machen zu müssen, um zu beweisen, daß wir die hierunter angegebenen Ziffern polnischer Bevölkerung als minimale und tatsächlich niedrigere, wie in der Wirklichkeit, betrachten müssen. Die Schlußfolgerungen, welche wir aus diesen Zahlen ziehen dürfen, müssen wir dem gemachten Vorbehalt entsprechend modifizieren, d. h. deren Bedeutung abschwächen. Um den ziffermäßigen Aufschwung der polnischen Bevölkerung im Laufe der letzten 40 Jahre mit der Entwicklung der Gesamtbevölkerung Preußens sowie derjenigen in den einzelnen Provinzen oder Regierungsbezirken, wo in überwiegender Mehrheit die polnische Bevölkerung anständig ist, vergleichen zu können, bringen wir hierunter eine kleine Übersicht, nachdem wir die bei Dr. Buzek fehlenden Angaben aus amtlichen Quellen vervollständigt haben:

Regierungsbezirk:	im Jahre 1861		im Jahre 1890		im Jahre 1900	
	Polen	Deutsche	Polen	Deutsche	Polen	Deutsche
1. Königsberg	162 976	776 230	183 449	953 711	174 067	1 170 695
2. Gumbinnen	148 071	436 098	144 247	557 474	124 888	715 925
Zusammen						
I. Ostpreußen	311 047	1 215 329	327 696	1 511 185	298 964	1 886 620
3. Danzig	132 017	349 467	163 992	424 717	184 775	480 739
4. Marienwerder	264 766	441 382	329 437	514 832	361 547	535 173
Zusammen						
II. Westpreußen	396 783	790 849	493 429	939 549	546 222	1 015 912

5. Posen.....	560 715	389 914	739 974	385 693	809 051	389 201
6. Bromberg	240 806	276 169	313 210	311 572	353 487	335 536
Zusammen						
III. Provinz Posen	801 521	666 083	1 053 184	697 265	1 162 538	724 737
7. Oppeln D.=S.	665 865	409 218	934 601	583 428	1 083 410	724 736
8. Breslau	53 468	1 217 102	54 038	1 534 629	50 106	1 647 613
Zusammen						
IV. Schlesiens	719 334	1 626 320	988 639	2 118 057	1 133 516	2 372 349
Zusammen						
in 4 Provinzen ..	2 228 685	4 298 581	2 862 948	5 266 056	3 141 340	5 999 618
Das übrige Preußen	36 357	11 963 954	115 003	24 526 506	242 793	28 412 891
Zusammen						
in Preußen	2 266 042	18 491 220	2 977 951	29 792 562	3 394 133	34 472 509

Auf Grund vorstehender Tabelle können wir feststellen:

1. daß die polnische Bevölkerung, allgemein genommen, in den vier preussisch-polnischen Landesteilen sich absolut nicht verringert, sondern dauernd seit dem Jahre 1861 einen bedeutenden Zuwachs aufweist, welcher vom Jahre 1861—1890, also in 30 Jahren 634 000, oder 28,4 Prozent und von 1890—1900, in zehn Jahren 278 000, d. i. 9,7 beträgt. Da 28,4 Prozent den Zuwachs für drei Jahrzehnte (genau 29 Jahre) und 9,7 Prozent denjenigen für ein Jahrzehnt darstellt, so können wir daraus schließen, daß der Zuwachs an polnischer Bevölkerung in den letzten Jahren etwas größer als früher ist. Diesen Zuwachs in dem Zeitraum von 1861 bis 1890 müssen wir, wie wir dies oben andeuteten, infolge der niedrigen Zählung der Polen im Jahre 1861 als einen höheren, wie er in der Tat ist, annehmen, umso mehr wird der Zuwachs im letzten Jahrzehnt von ihm abstecken. Es ist also Tatsache, daß die polnische Bevölkerung als solche, im Verhältnis zu den Deutschen ziffernmäßig nicht zurückgeht, sondern im Gegenteil etwas stärker, wie früher, zunimmt. Dies entscheidet noch nicht die Frage des gegenseitigen zahlenmäßigen Verhältnisses der Polen zu den Deutschen in den vier polnischen Landesteilen, denn hier könnte erst der nachgewiesene Zuwachs der deutschen Bevölkerung bestimmen, wer an Terrain gewinnt und wer zurückgeht.
2. Der Zuwachs an deutscher Bevölkerung betrug von 1861—1890 in diesen vier Landesteilen 967 000 oder 22,5 Prozent und von 1890 bis 1900 783 000 oder 14 Prozent. Hier möchten wir wieder, infolge Angabe einer höheren Ziffer der Deutschen im Jahre 1861, den Zuwachs etwas erhöhen, jedenfalls ist der Zuwachs im letzten Jahrzehnt im Vergleich zu demjenigen

der polnischen Bevölkerung bedeutend höher und außerdem auch im Vergleich zu dem Zeitraum bis 1890 gegenwärtig ein schnellerer.

Diesem größeren Zuwachs der deutschen Bevölkerung muß die von Dr. Buzek festgestellte Tatsache zugeschrieben werden, daß der Prozentsatz der polnischen Bevölkerung im Verhältnis zu der Gesamtbevölkerung Preußens jetzt, im Jahre 1900, kleiner ist, als im Jahre 1890; aus dem Jahre 1861 läßt sich das Verhältnis für die Gesamtbevölkerung Preußens nicht vergleichen, denn damals war die preussische Monarchie viel kleiner, aber innerhalb der vier polnischen Landesteile können wir die Verhältnisse in diesem Zeitraum vergleichen, denn hier haben territoriale Veränderungen nicht stattgefunden. Dr. Buzek gibt aber an, daß das prozentuale Verhältnis der Polen zu der Gesamtbevölkerung Preußens im Jahre 1890 9,99 und im Jahre 1900 nur noch 9,84 betragen habe.

3. Nachdem ein gewisser (zwar unbedeutender) Rückgang des polnischen Elements im Vergleich zu der deutschen Bevölkerung und zu der Gesamtbevölkerung Preußens festgestellt worden, müßte nun geprüft werden, ob die verhältnismäßig geringere Entwicklung des polnischen Elements überall eine gleichmäßige war und es noch ist oder ob auch in den einzelnen Provinzen und in anderen Zeitabschnitten sich bedeutendere Unterschiede wahrnehmen lassen, welche irgendwo, sei es auf unsere größere Widerstandsfähigkeit, sei es auf eine größere Abschwächung hindeuten. Aus der vorstehenden Übersicht mit den Vergleichen der absoluten Ziffern der polnischen und der deutschen Bevölkerung in den einzelnen Provinzen schließen wir auf die nachstehende vergleichende Zusammenstellung der Polen und der Deutschen:

Regierungsbezirk:		mehr + weniger —		mehr + weniger —	
		1861—1890		1890—1900	
		30 Jahre		10 Jahre	
		Polen	Deutsche	Polen	Deutsche
I. Ostpreußen	1. Königsberg.....	+ 12,5	+ 22,8 Prozent	— 5,0	+ 22,7 Prozent
	2. Gumbinnen	— 2,6	+ 27,0 "	— 14,0	+ 29,0 "
II. Westpreußen	3. Danzig	+ 24,2	+ 21,5 "	+ 12,9	+ 13,0 "
	4. Marienwerder	+ 24,4	+ 16,6 "	+ 9,8	+ 4,0 "
III. Posen	5. Posen	+ 32,0	— 1,0 "	+ 9,5	+ 1,0 "
	6. Bromberg.....	+ 30,0	+ 12,9 "	+ 12,8	+ 7,9 "
IV. Schlesiens	7. Oppeln D.=S.	+ 40,4	+ 42,5 "	+ 16,0	+ 24,0 "
	8. Breslau	+ 1,1	+ 26,1 "	— 8,0	+ 7,0 "

Wir sehen also von 1861—1890 einen verhältnismäßig größeren Zuwachs an polnischer Bevölkerung in den Provinzen Posen und Westpreußen, während die Deutschen in der Provinz Posen sogar einen Rückgang aufweisen. Das Gegenteil ist in Ostpreußen und in Schlesien der Fall, wo der Zuwachs an Deutschen ein stärkerer ist, in dem Regierungsbezirk Gumbinnen macht sich sogar ein Rückgang der polnischen Bevölkerung bemerkbar. Im letzten Jahrzehnt ändert sich das Verhältnis etwas zu Ungunsten der Polen. Schon die 3 Regierungsbezirke (Königsberg, Gumbinnen und Breslau) weisen eine Abnahme der polnischen Bevölkerung auf, während die Deutschen sie nirgends haben und sogar in der Provinz Posen zum ersten Mal einen, wenn auch nur schwachen Zuwachs aufweisen. Nur in den Provinzen Posen und Westpreußen vermehren sich die Polen stärker als die Deutschen,

überall anderswo, insbesondere in Oberschlesien ist deren Zuwachs zwar bedeutend, immerhin aber schwächer, als der deutsche.

Aus der Zusammenstellung der Regierungsbezirke nach dem prozentualen Verhältnis beider Nationalitäten zu der Gesamtbevölkerung werden wir gleich ersehen, daß eine Zunahme der polnischen Bevölkerung und sogar des polnischen Terrains sich dort bemerkbar macht, wo unsere Bevölkerung mehr geschlossen wohnt und daß es umgekehrt der Fall dort ist, wo sie sich mit einem zahlreicheren fremden Element vermischt. Dies wird durch die in der Entnationalisierungstheorie aufgestellte, überall wahrgenommene Erscheinung, daß dann die Anziehungskraft der größeren polnischen oder deutschen Bevölkerungsmenge voll und ganz in die Erscheinung tritt, bestätigt.

Regierungsbezirk		Auf 1000 Personen waren Polen im Jahre			Auf 1000 Personen waren Deutsche im Jahre		
		1861	1890	1900	1861	1890	1900
I. Ostpreußen	1. Königsberg ..	167,7	156,5	144,6 —	798,5	814,6	828,2 +
	2. Gumbinnen ..	214,1	183,4	157,7 —	634,7	709,5	749,5 +
II. Westpreußen	3. Danzig	284,5	278,3	277,5 —	714,0	721,0	721,5 +
	4. Marienwerder	374,9	390,1	402,8 +	625,0	610,0	597,0 —
III. Posen	5. Posen	589,8	656,8	675,3 +	409,2	343,0	324,0 —
	6. Bromberg ...	465,8	501,1	513,0 +	533,2	498,0	486,0 —
IV. Schlesien	7. Oppeln	591,2	592,2	580,0 —	363,0	369,0	386,0 +
	8. Breslau	41,8	33,8	29,6 —	994,0	965,0	970,0 +

Diese Zusammenstellung beweist uns, daß:

1. die polnische Bevölkerung an Terrain gewinnt, und die Deutschen langsam aber dauernd verdrängt und zwar in den beiden Regierungsbezirken des Großherzogtums Posen und in dem Regierungsbezirk Marienwerder in Westpreußen, d. i. also dort, wo sie am meisten geschlossen ist und wo sie noch eine starke wirtschaftliche Stellung einnimmt.
2. Eine Ausnahme bildet das seit Jahrhunderten von Polen losgerissene und fortwährend germanisierte Oberschlesien, wo die polnische Bevölkerung, trotz ihres bisherigen ziffermäßigen Übergewichts, im Verhältnis zu den Deutschen im letzten Jahrzehnt zurückging, obwohl ihre Zunahme in dieser Zeit größer (16%), als sogar die in den anderen polnischen Landesteilen (Posen 9,8%, Bromberg 12%), jedoch im Vergleich zu der deutschen Zunahme (24%) kleiner ist.
3. Umgekehrt nimmt die deutsche Bevölkerung weiter und immer mehr zu in: Ostpreußen (beide Regierungsbezirke) und in Mittelschlesien (Regierungsbezirk Breslau), woselbst die Polen sowohl absolut, als auch verhältnismäßig verschwinden.
4. Im Regierungsbezirk Danzig und Westpreußen haben sowohl die Polen, als auch die Deutschen zur Zeit ihre bisherige Stellung fast erhalten,

was die fast gleiche Zunahme im letzten Jahrzehnt beweist (12,9% und 13%).

Wir haben in den vorstehenden Zusammenstellungen den Umsatz der Veränderungen in der zahlenmäßigen Entwicklung der Polen und der Deutschen im preussischen Anteil überhaupt, sowie in dessen einzelnen Regierungsbezirken dargestellt.

Diese statistischen Veränderungen können hervorgerufen werden entweder 1. durch die schwächere oder stärkere natürliche Zunahme (Überschuß der Geburten über die Todesfälle) oder 2. durch die Aus- und Einwanderung oder endlich 3. durch die elementare oder zwangsweise Entnationalisierung.

Jede dieser Ursachen kann selbständig oder auch gemeinsam mit anderen wirken. Welchem Umstande ist nun das siegreiche Vordringen des polnischen Elements in der Provinz Posen und in einem Teile der Provinz Westpreußen (Regierungsbezirk Marienwerder) und welchem dessen Rückgang in den anderen Gegenden Preußens zuzuschreiben? Wir wollen uns die möglichen Ursachen näher betrachten!

Der natürliche Zuwachs der polnischen Bevölkerung übersteigt tatsächlich die natürliche Zunahme der deutschen Bevölkerung, wie dies die folgende Zusammenstellung der Anzahl der Geburten und der Todesfälle bei der polnischen und deutschen Bevölkerung vor die Augen führt. Im Durchschnitt kommen von 1890—1900:

	auf 1000 Personen	Geburten	Todesfälle	Überschuß an Geburten
1. Bei der katholischen Bevölkerung der Provinz Posen (9/10 polnisch)		45,8	22,8	23,0
2. Bei der katholischen Bevölkerung der Provinz Westpreußen (2/3 polnisch)		46,6	24,9	21,7
3. Bei der katholischen Bevölkerung im Regierungsbezirk Oppeln (2/3 polnisch)		46,6	25,4	21,2
4. Bei der evangelischen Bevölkerung der Provinz Posen (fast ausschließlich deutsch)		35,9	21,3	14,6
5. Bei der evangelischen Bevölkerung Westpreußens		38,1	23,1	15,0
6. Bei der Bevölkerung des ganzen preussischen Staates		37,7	22,1	15,6

Unverhältnismäßig größer ist die Entnationalisierung der polnisch-evangelischen, als die der katholischen Bevölkerung, die erstere beträgt 12 Prozent des Bestandes an polnischen Protestanten im Jahre 1890, die zweite kaum 3 Prozent. Es ist nunmehr leicht, die Haupt-Germanisierungszentren zu finden, wenn wir nach dem vorher angeführten daran denken, wo und in welcher Weise die innere Auswanderung wirkt und wie auf die zahlenmäßige Entwicklung der größere natürliche Zuwachs der polnischen Bevölkerung einwirkt und wenn wir schließlich den größeren Prozentsatz der zweisprachigen Personen in Betracht ziehen.

1. In der Provinz Posen zeigt sie in betreff der Katholiken (und sie bilden $\frac{9}{10}$ der dortigen polnischen Bevölkerung) einen minimalen Prozentsatz der zweisprachigen Personen, 0,86 — es gibt ihrer nur 9000; in betreff der evangelischen Polen weist sie, im Vergleich zu den anderen Landesteilen ebenfalls einen geringen Prozentsatz auf. ... 1200 Personen. Die sporadische Germanisierung, falls sie irgendwo Erfolg hat, fordert nur sehr wenige Opfer und ist angesichts der stetigen, durch die bedeutend stärkere deutsche Auswanderung und die größere polnische Fruchtbarkeit verursachten allgemeinen Polonisierung dieses Landesteils eine verschwindend kleine und bedeutungslose.
2. Dasselbe findet, wenn auch in geringerem Grade, in Westpreußen statt; allerdings ist hier der Prozentsatz der zweisprachigen Katholiken etwas höher (2,8 Prozent) = 1500; hemmend wirkt auch auf die Entwicklung unseres Elements die etwas stärkere Auswanderung der polnisch-katholischen Bevölkerung und die ziemlich intensive Germanisierung der Handvoll, zerstreut in der deutschen Diaspora lebenden polnischen Protestanten, (37,3 Prozent), es gibt ihrer etwa 2000; aber auch hier gibt die stärkere Zunahme der polnischen Bevölkerung und der größere Abgang der deutschen nach dem Westen, insbesondere im Regierungsbezirk Marienwerder, keine Veranlassung zu irgendwelcher Befürchtung, im Gegenteil hebt

sich das Polentum, trotz der erwähnten, im allgemeinen unbedeutenden Fälle der Germanisierung.

3. In Oberschlesien sieht es schon schlimmer aus. Der Prozentsatz der zweisprachigen Katholiken und Protestanten ist noch höher (6,1 Prozent und 8,6 Prozent), 66000 Katholiken und 3000 Protestanten befinden sich in einem zum großen Teil mit Germanisierung drohenden Zustande, aber auch hier gibt es eine absolute Abnahme der Polen nicht, im Gegenteil, ihr Zuwachs ist hier größer als in den anderen Landesteilen, aber er tritt angesichts der schwächeren deutschen Auswanderung und der verhältnismäßig häufigeren Germanisierung bis jetzt noch vor der Entwicklung der deutschen Bevölkerung zurück. Der Industrieaufschwung in Schlesien gibt der deutschen Bevölkerung keinen Anlaß dazu, im Westen Deutschlands Verdienst und Lebensunterhalt zu suchen. Die Zunahme des Nationalbewußtseins ist jedoch hier eine bedeutende und gibt der Hoffnung Raum, daß der Germanisierung Einhalt getan werde.
4. Am schlimmsten sieht es in Ostpreußen und in Schlesien, in der Gegend von Breslau aus. Die wenig gleiche, infolge der stärkeren Auswanderung sowie zusammenschmelzende polnische Bevölkerung germanisiert sich hier noch mehr — der Prozentsatz der zweisprachigen Leute ist hier ein noch höherer (Katholiken 7, Protestanten 8,6 Prozent) — 4000 Katholiken und 2000 Protestanten, befinden sich auf dem Wege, verdeutsch zu werden. Die Bevölkerung, welche anderer Konfession und seit langer Zeit von dem gemeinsamen polnischen Leben losgerissen ist, zeigt hier bis jetzt keine merkliche nationale Widerstandsfähigkeit.
5. Am intensivsten tritt sowohl die katholische, als auch die protestantische Germanisierung in der Fremde, in den westlichen Provinzen auf, aber auch hier nicht überall gleichmäßig, wie uns die nachstehende Zusammenstellung hinsichtlich des Prozentsatzes der zweisprachigen Bevölkerung beweist.

Anzahl der Personen polnischer Nationalität im Jahre 1900:

	der ein- sprachigen	der zwei- sprachigen	zusammen	Prozentsatz der zweisprachigen
Berlin	16 378	10 948	27 326	40 Prozent
Westfalen	100 372	10 564	110 936	9,53 "
Das übrige Preußen im Westen	114 213	22 148	136 361	16,25 "
Die anderen Staaten des Deutschen Reiches (Sachsen, Bayern usw.)	23 002	5 415	28 417	19 "
Bremen	608	708	1 272	55,7 "

Die größte Germanisierung ist also in Berlin, demnächst in den großen Städten überhaupt (wie Bremen) und dann dort, wo die polnische Bevölkerung zerstreut wohnt. Die geringste dagegen in Westfalen und in der Rheinprovinz, wo unsere Bevölkerung nicht nur haufenweise wohnt, sondern auch gemeinschaftlich arbeitet; in 5 Bezirken namentlich in Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund, Essen und Recklinghausen wurden

bei der Volkszählung im Jahre 1900 104000 Polen gezählt, welche in einigen Gemeinden $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{3}$ der Einwohner ausmachen. Diese Anhäufung der Polen schützt sie denn auch in diesen Ansiedlungen vor der größeren Germanisierung, welcher sie aber ebenfalls unterliegen.

L. Gieraltowski.